Albanien auf der Buchmesse Seite 9

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 42 vom 17. Oktober 1980 14. Jahrgang 1 DM



Warnstreiks in vielen westdeutschen Städten führten die Postbediensteten letzte Woche durch. Es geht ihnen vor allem um eine höhere Vergütung der Schichtarbeit und mehr Freizeit für Schichtarbeiter. „Die Warnstreiks der Arbeiter und Angestellten im Dienst der Bundespost sind illegal, daran gibt es keinen Zweifel" — so hetzten reaktionäre Zeitungen. Die Kollegen ließen sich nicht beirren (Bericht Seite 4).

Düstere Aussichten für 1981

Steigende Arbeitslosigkeit, sozialer Abbau, Lohnraub...

Wirtschaftskrise verschärft/neue Massenentlassungen angekündigt

DORTMUND.— Jetzt — nachdem die Bundestagswahl gelaufen ist — zeichnen sich schwere Angriffe der Monopolherren und der SPD/FDP-Regierung auf die wirtschaftliche Lage des arbeitenden Volkes ab: Massenentlassungen enormen Ausmaßes, Reallohnabbau und massive Kürzungen bei der staatlichen Sozialversorgung. So sollen die Lasten der verschärften Wirtschaftskrise voll auf die Werktätigen übergewälzt werden.

Die neueste Hiobsbotschaft in Bezug auf die Arbeitsplätze: Auch in der Bauwirtschaft, wo die bis vor kurzem andauernde fieberhafte Hochkonjunktur jahrelang Superprofite in die Kassen der Unternehmer fließen ließ, steht jetzt ein brutaler Aderlaß an Arbeitsplätzen bevor. **Nach einer Prognose des Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) sollen im Baugewerbe im nächsten Jahr rund 100000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren.**

In der Eisen- und Stahlindustrie hat der neue Feldzug auf die Arbeitsplätze bereits begonnen. Ihm sollen in den kommenden Jahren 40000 Arbeitsplätze in der Bundesrepublik zum Opfer fallen.

Zehntausenden von Beschäftigten droht im nächsten Jahr auch in der Automobilindustrie der Verlust ihres Arbeitsplatzes. Schon in diesem Jahr sind allein bei Opel und Ford rund 10000 Kollegen entlassen worden. Inzwischen wurde Kurzarbeit für 17000 Beschäftigte der zum VW-Konzern gehörenden Audi-Werke angekündigt. Die Automobilkonzerne verknüpfen Produktionseinschränkungen und -verlagerungen mit scharfen Rationalisierungsprogrammen: VW und BMW kündigten die Anschaffung hunderter modernster Roboter an, um menschliche Arbeitskraft einzusparen.

In allen Industriezweigen äußert sich jetzt die neue wirtschaftliche Rezession. **Die Kurzarbeit ist in der Bundesrepublik im September so sprunghaft angestiegen, wie schon seit 20 Jahren nicht mehr.** Woche für Woche werden auch neue Konkurse und Betriebsstillegungen gemeldet. Dem neuesten Konjunkturgutachten des Kieler Instituts für Weltwirtschaft zufolge muß für 1981 mit einer Erhöhung der Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen auf 1,25 Millionen gerechnet werden.

Die Angriffe auf unsere Arbeitsplätze gehen mit Angriffen auf unsere Realeinkommen und auf den sozialen Standard einher. Die Unternehmerverbände erklären, die Lohnerhöhungen der kommenden Tarifrunde dürften bei höchstens zwei bis drei Prozent liegen. Und das bei einer amtlichen (d.h. nach unten frisierten) Preissteigerungsrate von 5,2 Prozent im September dieses Jahres!

Die Bundesregierung will der wachsenden Staatsverschuldung und dem durch die Rezession bedingten Sinken der Steuereinnahmen mit Einschränkungen bei der staatlichen Sozialversorgung begegnen. Helmut Schmidt erklärte direkt nach der Wahl: **„Wohltaten sind 1981 für niemanden drin."** Erwogen werden unter anderem: die Abhaltung von Krankenversicherungsbeiträgen auch von den Rentnern und eine Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung.

Zwangsumtausch für DDR-Besucher aus dem Westen verdoppelt

Verwandtenbesuch in der DDR wird zum Luxus

OSTBERLIN.— Überraschend verfügte die DDR-Regierung in der vergangenen Woche eine drastische Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Besucher aus dem westlichen Ausland. Leidtragende sind vor allem jene Werktätigen aus der Bundesrepublik und Westberlin, die Verwandte oder Freunde in der DDR haben.

Bisher mußten Besucher in der DDR aus dem Westen pro Tag und Person 13,—DM in DDR-Mark umwechseln und verbrauchen. Bei Tagesaufenthalten in Ostberlin waren es nur 6,50DM. Kinder bis zum 15. Lebensjahr und Rentner waren vom Zwangsumtausch befreit.

Seit dem vergangenen Montag (13. Oktober) müssen nun die erhöhten Umtauschsätze geleistet werden. Besucher aus der Bundesrepublik und aus Westberlin müssen nun pro Tag und Person 25,—DM umtauschen, auch bei Tagesaufenthalten in Ostberlin. Auch Rentner sind nicht mehr ausgenommen. Kinder vom 6. bis zum 15. Lebensjahr müssen nun ebenfalls umtauschen: pro Tag und Kind 7,50DM.

Für Werktätige aus der Bundesrepublik und Westberlin, die ihre Verwandten oder Freunde in der DDR regelmäßig besuchen wollen, ist dies ein brutaler Griff in ihre Geldbörse. Vor allem für viele Rentner wird der Besuch zu einem Luxus, den sie sich nur noch ganz selten erlauben können.

Das DDR-Regime begründet diese rücksichtslose Maßnahme damit, daß die Kaufkraft der DM gegenüber der DDR-Währung gesunken sei und daß durch illegalen Devisenschmuggel und Spekulationen mit der DDR-Mark Geschäfte auf Kosten der DDR gemacht würden. Aber was können da die einfachen Werktätigen aus dem Westen dafür, die jetzt derartig geschröpft werden?

Die von Honecker und Konsorten beklagten Währungsgeschäfte wären ohne die Devisenpolitik der DDR gar nicht möglich, die die DM zu einer „zweiten Währung" in der DDR hat werden lassen.

Todesurteile, Verhaftungen, mysteriöse „Selbstmorde" —

Türkische Militärs zeigen ihr faschistisches Gesicht

ANKARA.— Eine Reihe von Ereignissen der letzten Tage läßt den faschistischen Charakter der türkischen Militärregierung deutlich hervortreten.

Die Gefängnisse füllen sich weiter, 10000 Menschen wurden seit Mitte September verhaftet, darunter fast alle irgendwie links eingestuften Parlamentarier und die meisten Funktionäre der Arbeiterorganisationen. Die Freilassung von Ecevit, Demirel und den führenden Politikern der rechtsgerichteten Heils-Partei am vergangenen Wochenende kann diese Tatsache nicht bemänteln.

Der Terror der Armee wächst. Inzwischen übernahm die Armee die Ausbildung der Polizei. Armee und Polizei wurden per Dekret ermächtigt, in Fällen, „in denen es angebracht erscheint", zu schießen.

Zwei Todesurteile wurden am 8.10. vollstreckt. Daß einer der Erhängten ein Rechtsextremist war, kann über die Stoßrichtung des staatlichen Mordterrors nicht hinwegtäuschen, der allerdings sehr oft versteckt ausgeübt wird:

Vor kurzem fiel ein Anwalt der verbotenen oppositionellen Gewerkschaft DISK aus einem Fenster im 5. Stock eines Polizeireviers — angeblich Selbstmord. Auffällig ist nur, daß vorher bereits zwei andere Menschen aus demselben Fenster gesprungen sein sollen! Diese Methode ist von den Nazis gut bekannt.

Offener Widerstand gegen die Militärs wurde inzwischen aus Adana, Istanbul und Ankara gemeldet.

Irakische Aggressoren in Bedrängnis

„Wir wollen Gerechtigkeit, keine Vermittlung"

TEHERAN.— Das ist die Antwort des iranischen Präsidenten Bani-Sadr auf die Bemühungen der irakischen Aggressoren, über Vermittlungen eine Kampfeinstellung durchzusetzen, bei der die irakischen Gebietsansprüche akzeptiert werden.

Am Sonntag übernahm in Teheran der Oberste Verteidigungsrat die Leitung der Kriegshandlungen im Kampf gegen den irakischen Überfall. Während sich der iranische Widerstand an allen Fronten verstärkte und iranische Truppen an vielen Stellen im Vormarsch sind, erhöhten die irakischen Bomber ihre Angriffe auf zivile Ziele im Iran. Im Rahmen dieser Versuche, die Kampfentschlossenheit des iranischen Volkes zu brechen, wurden auch schon taktische Raketenwaffen eingesetzt. Ein solcher Einsatz am 9. Oktober hatte 170 Zivilisten in Dezful und Andimeschk das Leben gekostet.

Mit ihren Bemühungen, durch eine diplomatische Aktion in 26 europäischen, asiatischen und afrikanischen Ländern die Unterstützung anderer Staaten oder gar der Weltöffentlichkeit zu erreichen, hat der Irak unterdessen keine Erfolge erzielen können. Dagegen mehren sich in den arabischen Staaten die Stimmen, die den irakischen Angriffskrieg verurteilen.

Nach wie vor besteht die Gefahr des Eingreifens der Truppen des US-Imperialismus, der mit der Stationierung von Maschinen des fliegenden Frühwarn- und Überwachungssystems AWACS in Saudi-Arabien und der Entsendung von Einheiten seiner 6. Flotte in die Golfregion und entsprechenden Äußerungen Carters („Sie sind zum Einsatz bereit, wenn ich es entscheiden sollte") seinen erpresserischen Druck auf den Iran erhöht hat.

Der Kampfeswille des iranischen Volkes ist aber ungebrochen. **Durch die Gegenschläge iranischer Truppen ist der anfangs so siegessichere Aggressor in arge Bedrängnis geraten.**



Kämpfen bis zum Sieg will das iranische Volk. Die unnachgiebige Haltung der Regierung Bani-Sadr gegenüber den Einmischungsversuchen der Großmächte entspricht diesem Willen. Im Bild: Bani-Sadr (Mitte) an der Front.

Kommentar

Sie sind aus ihren Löchern gekommen. Die Bomben, die sie jahrelang gebastelt haben — jetzt werden sie geworfen. Die Schußwaffen, die sie seit langem sammelten — jetzt werden sie benutzt. Die Messer, die sie so lange wetzten — jetzt wird gestochen.

Für die Nachkriegsgeschichte beispiellos war der braune Terror der letzten Wochen in unserem Lande. Von Nord bis Süd führt eine Blutspur, die in rund einem Monat außer den Opfern des Münchner Massakers noch weitere 2 Tote und 12 Schwerverletzte gefordert hat.

Der Hintergrund: In Göttingen weiß die Polizei nichts, wenn eine rechtsradikale Schülergruppe Dutzende von Gewehren stiehlt. Oder wenn Jungfaschisten eine Ausländerwohnung überfallen, die Bewohner verprügeln und dabei „Ausländer-raus"-Parolen rufen, dann sieht das zuständige Polizeikommissariat darin keinerlei politische Vorgänge.

Verbot tut not!

Der Hintergrund: Der faschistischen NPD, deren Mitglieder selbst Bomben werfen und mit Messern stechen, werden Steuergelder nachgeworfen. Beste Sendezeit im Fernsehen wird ihr zugestanden. Daß bei ihr die Fäden zusammenlaufen, weiß man.

Der Hintergrund: Der Verfassungsschutz verschafft den braunen Mördern Waffen und läßt sie losziehen. Die Polizei schützt ihre Hetzkundgebungen.

In Frankreich gingen Hunderttausende auf die Straße gegen die braune Pest. **Und auch hier in unserem Land mag manchem klargeworden sein, daß es sich bei den Neonazis wirklich nicht nur um politische Feinde handelt, sondern um gewissenlose Mordbanden. Aber die großen Aktionen fehlen. Sicher, viele waren auf der Straße. Aber weder waren dies genug, noch reicht dies aus. Es reicht auch nicht aus, nur immer wieder geplanten NPD-Kundgebungen entgegenzutreten.**

Hier muß eine politische Kampagne organisiert werden, für das Verbot der Nazibanden, NPD eingeschlossen, für ihre Bestrafung. Dies ist die Aufgabe einer antifaschistischen, demokratischen Organisation wie der VOLKSFRONT. Die Kommunisten, als Teil dieser Organisation werden dabei eine treibende Kraft sein.

Es gibt eine wachsende Zahl von Menschen in unserem Land, die auf soche Aktivitäten warten, ein Wunsch, den man unbedingt erfüllen muß.

Nicht so, daß wir jetzt plötzlich der Meinung wären, diese Banden wären die größte Gefahr überhaupt. Sie sind Sturmtruppen der Reaktion, ihre Terrorabteilung. Nicht ihre wichtigste Formation.

Ein Strauß an der Macht bleibt allemal gefährlicher.

Aber man muß den Kampf gegen diese Terrorabteilungen verstärken. ihnen ihre legalen Möglichkeiten zu nehmen, wäre bereits ein wichtiger Erfolg, sie wären eingeengt, die Staatsorgane könnten eher dazu gezwungen werden, gegen ihr Treiben einzuschreiten.

Denn das ist ein Thema, das bei einem solchen Kampf angesichts der Sachlage geradezu naturnotwendig mit aufs Tapet kommen wird: Wie verhalten sich denn die Behörden zu den braunen Banden? Was geschieht denn konkret unter dem Deckmantel der offiziellen Linie „Rechts gleich Links, aber letzteres ist schlimmer"?

Organisiert man eine solche nötige Kampagne in der richtigen Weise, nämlich mit aller Stoßkraft für ein Verbot der Nazi-Organisationen, wird man diese Fragen ohne weiteres im Laufe der Aktivitäten vielen Teilnehmern erklären können. Das wird die Front gegen den Faschismus, gegen die Reaktion stärken.

Die breite Bewegung „Stoppt Strauß", die sich im letzten Jahr entwickelt hat, hat sich als ein großes politisches Potential gezeigt, von dem wesentliche Impulse zu Straußens Wahlniederlage ausgingen. Darauf aufbauend wird man auch den Kampf gegen die Nazibanden verstärken können, erfolgreich führen können.

Es ist einfach jetzt genug. Genug, daß sie Waffen anhäufen, Waffen anwenden und frei umherlaufen und Morddrohungen ausstoßen. Ein Verbot tut not! Kämpfen wir dafür, jetzt!

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Mit der Strauß-Kandidatur

CDU verlor in allen Bundesländern

Regelrechte Wahlschlappe in mehreren Regionen

WIESBADEN.— Das amtliche Endergebnis der Bundestagswahl vom 5. Oktober 1980 zeigt die Niederlage für Strauß noch viel deutlicher als das Gesamtergebnis es tut. Serienweise gab es Einbrüche in der Stimmenzahl. Besonders stark war dies in den nördlichen Bundesländern, aber auch im Süden der Bundesrepublik gab es massive Verluste.

Im bevölkerungsreichsten Bundesland, in Nordrhein-Westfalen, verlor die CDU gegenüber der 76er Bundestagswahl mehr als 600 000 Wähler und sank von 44,5 auf 40,6 Prozent der abgegebenen Stimmen. Über 140 000 Wähler, die Direktkandidaten der CDU ihre Stimme gegeben hatten, verweigerten sie der Liste von Strauß.

Aber nicht nur die CDU von NRW, von dem kapitalistischen Manager Biedenkopf stramm auf Strauß getrimmt und in zwei Wahlgängen dieses Jahres großer Verlierer, wurde geschlagen. Auch die Landesverbände derjenigen CDU-Führer, die sich selbst Hoffnungen auf höchste Funktionen im Staat machen, wurden in dieser Wahl geschwächt.

Der größte Verlierer war dabei die niedersächsische CDU mit der Riege um Albrecht, Hasselmann und Möcklinghoff, die bei der 76er Wahl mit der SPD mit jeweils 46,7 Prozent gleichaufgelegen war. Die CDU verlor nun sage und schreibe 5,9 Prozent, während die SPD 1,2 zulegte und damit fast 7 Prozent Stimmen mehr erhielt als die CDU. Das war ein Rückgang um fast 250 000 Stimmen, wobei 77 000 Wähler mehr die Direktkandidaten wählten, als die Landesliste.

Auch Stoltenberg und Dregger gehörten zu den großen Verlierern. In Schleswig-Holstein verlor die CDU 5,2 Prozent der Stimmen, etwa 100 000 Wähler, und auch hier hatte sie 30 000 Zweitstimmen weniger als Erststimmen. Der Abstand zur SPD vergößerte sich von 2,3 Prozent auf 5,8 Prozent, bei den Erststimmen sogar von 3,5 auf 9 Prozent. In Hessen verlor die CDU ebenfalls rund 250 000 Wähler und liegt nun fast 6 Prozent hinter der SPD.

Auch die baden-württembergische CDU, von Strauß oft als seine engste Reserve bezeichnet, da lange von Filbinger geprägt, konnte seine Hoffnungen nicht erfüllen. Sie verlor 270 000 Stimmen und gerade besonders viel in den traditionellen CDU-Kreisen Oberschwabens, wo Strauß seine parteiinterne Hochburg hat. Mit einem Verlust von 4,8 Prozent lag die CDU hier erstmals seit langen Zeiten unter den Ergebnissen von SPD und FDP gemeinsam, die einen Vorsprung von 0,7 Prozent gegen Späths Partei errangen. Vorallem Dank der FDP, die dort mit 12 Prozent (plus 3) das zweitbeste Ergebnis nach Hamburg (14,1) und vor Niedersachsen (11,3) errang. Strauß selbst verlor in Bayern immerhin 2,4 Prozent oder fast 120 000 Wähler und 33 000 Wähler der Direktkandidaten verweigerten ihm die Listenstimme.

Diese Totalniederlage der CDU macht jetzt das Taktieren hinter den Kulissen schwerer. Die Rechtsextremen um Strauß, Dregger und Biedenkopf haben bereits deutlich klargemacht, daß sie ihrer Meinung nach besser abgeschnitten hätten als die Kohl, Albrecht, Stoltenberg-Gruppierung. Dieses Wahlergebnis zeigt, daß gegen Strauß gewählt wurde, aber auch gegen den gesamten politischen Kurs der CSU/CDU. Ihre offen reaktionäre außenpolitische Kampagne ist einmal mehr, wie schon 1972 auf den Widerstand der Bevölkerung getroffen und hat besonders in den Großstädten zu zahlreichen Verlusten an Direktmandaten geführt. Ihre demagogischen Losungen zu Steuer- und Schuldenfragen konnten dieses Manko nicht entfernt ausgleichen.

Schon jetzt zeigen sich innerhalb der CDU zwei Tendenzen. Die eine läuft auf eine gewissen Änderung der außenpolitischen Aussagen, einer allmählichen Angleichung an die Regierungspolitik hinaus, die andere, von Strauß, Dregger und Stoiber bereits offen propagiert, verlangt einen „jetzt-erst-recht!"-Effekt und will ihren Kurs der zunehmenden reaktionären Formierung der Oppositionsparteien verstärken.

SPD-Wahlkampf

Selbst gegen Strauß nicht viel gewonnen

Verluste in den Hochburgen

WIESBADEN.— Mit einem Zugewinn von 0,3 Prozent der Stimmen blieb der SPD ein Wahlerfolg in geplantem Ausmaß versagt. Verschiedene großbürgerliche Blätter knüpfen daran jetzt schon Ängste vor einem erhöhten Gewicht der linken Strömung in der Partei, die im allgemeinen besser abgeschnitten hat.



„Sicherheit für Deutschland"? — Besatzungssoldat vor SPD-Plakat.

Selbst zwei Vertreter der Parteiführung der SPD sahen sich bereits genötigt, Stimmungen der Parteibasis auszudrücken. Egon Bahr, der am Wahlabend zugab, daß viele Kritiker nicht einverstanden damit waren, daß nicht wirklich gegen Strauß mobilisiert wurde und Herbert Wehner, der den Wahlkampf als „zu wenig arbeiternah" bezeichnete, und sich damit an die Spitze der linken Kritik in der SPD stellen will.

Währenddessen haben bereits verschiedene Vertreter der linken SPD im Bundestag Initiativen ergriffen, die in einigen wichtigen politischen Problemen Bewegung gebracht haben.

Insbesondere wird es interessant sein zu sehen, was die Parteilinke in der SPD zur Frage der Abrüstung und Entspannung beizutragen hat, wo der Leverkusener Kreis bereits Vorschläge ankündigte, die sich gegen Apels Militärpolitik richten sollen.

Das überdurchschnittlich gute Abschneiden der SPD aus Schleswig-Holstein und Hessen, ebenso wie traditionell schwarze Gebiete seit langem Regionen eines stärker betonten linken Parteiflügels, könnten solchen Initiativen mehr Durchschlagskraft als bisher verleihen. Das durch den Wahlkampfstil des Parteivorstandes der SPD gestärkte Gewicht der FDP wird von Partei- und Fraktionsführung der SPD ohne Zweifel als Gegengewicht gegen die eigene parteiinterne Opposition ausgenutzt werden.

Die Verluste der SPD in ihren Hochburgen, wie den Stadtstaaten und Nordrhein-Westfalen sind auch ein Ausdruck enttäuschter Hoffnungen dort, wo die SPD regierte.

Spendet für die Volksfront

GEGEN REAKTION, FASCHISMUS UND KRIEG
FÜR FREIHEIT UND DEMOKRATIE, WOHLSTAND UND FRIEDEN

Spendenkampagne zur Unterstützung des Bundestagswahlkampfes der VOLKSFRONT

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

Zelle Bayer Leverkusen	DM 210.—
KPD Karlsruhe	50.—
Zelle Findorff, Bremen	150.—
Zelle Barmbeck, Hamburg	200.—
RG Wuppertal	40.—
Buchladen Roter Morgen, Hamburg	135.—
G.u.A.u.F.u.M.E., Hagen	200.—
Antikriegstagsveranstaltung Bochum	60.—
OG Bochum	684.—
KPD Osnabrück	300.—
C.K., Osnabrück	50.—
Doppelkopfrunde Bochum	235.—
K.R., Hamburg	300.—
Zelle Mümmelmannsberg und AP-Zelle, Hamburg	365.—
Sektion Westberlin	50.—
F.u.U.L., Dortmund	100.—
insgesamt	DM 3 129.—
Endergebnis der Spendenkampagne am 12. 10. 80	DM 90 105,77

Liebe Genossinnen und Genossen,
das Politbüro der KPD dankt allen Freunden und Genossen unserer Partei für die über 90 000.— Mark, die ihr in den letzten Monaten für den Bundestagswahlkampf der VOLKSFRONT gespendet habt.

Die bürgerlichen Politiker und ihre Presse haben im Wahlkampf die schmutzigsten Verleumdungen gegen die VOLKSFRONT und besonders zur Finanzierung ihres Wahlkampfes vorgebracht. Sie selbst beziehen Riesengehälter und tun keinen Handschlag für ihre Parteien, den sie nicht bezahlt bekommen. Hingegen ist der Wahlkampf der VOLKSFRONT einzig und allein durch den selbstlosen Einsatz der Mitglieder und Freunde der VOLKSFRONT finanziert worden. Die Spenden für die VOLKSFRONT waren viel höher, als sich im unmittelbaren Spendenergebnis niederschlägt. Hier wären die vielen tausend Kilometer zu nennen, die VOLKSFRONTler ohne Kostenerstattung zurückgelegt haben, um Unterschriften zu sammeln, das Aufstellen der 200 000 Wahlschilder usw. usf.

Durch viele tausend Stunden Wahlkampfeinsatz, aber auch durch das Absparen vom Lohn, vom Urlaubsgeld, vom Lohnsteuerjahresausgleich ist von den Mitgliedern der VOLKSFRONT in diesem Wahlkampf das Fundament dafür gelegt worden, in den kommenden Kämpfen eine starke antifaschistisch-demokratische Front aufzubauen. Die Genossinnen und Genossen unserer Partei hatten daran einen nicht geringen Anteil. Dafür dankt euch das Politbüro einmal herzlich.

Politbüro der KPD

P.S.: In dieser Woche wird der Zentrale Vorstand der VOLKSFRONT das endgültige Ergebnis der VOLKSFRONT-Spendenkampagne veröffentlichen. Wir werden im nächsten RM darüber berichten.

Roter Rebell 10 /80 erschienen

Wegen der aktuellen Wahlberichterstattung diesmal einige Tage später



Preis nur 50 Pfg.

Aus dem Inhalt:
Zu Fragen des antimilitaristischen Kampfes
Was tun gegen Krieg und Aufrüstung
Aus Betrieb und Gewerkschaft
Internationales
Neue Bücher und Platten
Und außerdem: Catch as catch can am Nürburg-Ring. Deutsche Rennsport-Meisterschaften.

Zu bestellen beim Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.

NACHRICHTEN

Der Frieden ist gestrichen

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft nannte einen Beschluß des baden-württembergischen Kultusministeriums (Nachfilbingerzeit) eine Kastration. Im November letzten Jahres wurde per Erlaß bekanntgegeben, daß in den Fachklassen für Verkäufer und Bürogehilfen die Themen „Friedenserziehung" und „Friedenssicherung" im Rahmen des Gemeinschaftskundeunterrichts nicht mehr geprüft werden.

...

Der Herr Pfarrer sperrt den Geldhahn zu

Der Domkapitular des Ordinariats München-Freising der katholischen Kirche hat damit gedroht, dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) in seiner Erzdiözese kein Geld mehr zu geben. Ganz im Sinne des bayerischen Innenministers Tandler, der diesen BDKJ-Bezirk unter jene Kräfte einreihte, die seiner Meinung nach seine Demokratie wehrlos machen wollen. Der Grund: Anfang des Jahres hatte der BDKJ dieser Diözese die Berufsverbotspraxis der CSU-Regierung kritisiert.

Die evangelische Landesjugend Bayern solidarisierte sich mit dieser Kritik Ende Mai.

...

Hamburger Schüler für Naziverbot

In einer Presseerklärung vom 9. September dieses Jahres fordert die Hamburger Schülerkammer alle neonazistischen und faschistischen Parteien und Organisationen zu verbieten und an den Schulen besser über die Hintergründe des zweiten Weltkrieges zu informieren.

In dieser Presseerklärung wird hervorgehoben, daß die NPD bereits zweimal an Hamburger Schulen Propagandaveranstaltungen durchführen durfte und dieses damals zum dritten Mal geplant war. Daß dies überhaupt möglich sei, so die Schülerkammer, sei ein Zeichen der immer steigenden Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik.

...

Eignungstests verstoßen gegen Betriebsverfassung

Der Vorstand der IG Metall hat die Betriebsräte im KFZ-Handwerk dazu aufgerufen, die Anwendung der Eignungstests in ihren Betrieben abzulehnen. Die vor einiger Zeit vom Zentralverband des Kraftfahrzeughandwerks ausgearbeiteten Tests widersprechen dem Betriebsverfassungsgesetz. Sie seien nicht auf die fachliche Eignung eines Bewerbers um eine Lehrstelle ausgerichtet, sondern auf dessen persönliches Verhalten. Die Arbeitsproben stellen Anforderungen, die erst während der Lehrzeit erlernt werden, betonte die IG Metall. Auch die Beteiligung der Betriebe an zentralen Einstellungstests soll von den IG-Metall-Betriebsräten abgelehnt werden.

Aktionen gegen Jubelfeiern werden vorbereitet

Apel will große Militärschau

Rote Garde im Friedenskampf

BONN/DORTMUND.— Bereits vor längerer Zeit hat Minister Apel betont, aus Anlaß des 25. Jahrestages der Gründung der Bundeswehr solle in Bonn eine große Rekrutenvereidigung stattfinden. Diese Ankündigung ist eine regelrechte Provokation für den Teil der westdeutschen Jugend, der sich aktiv um den Frieden müht.



Bundeswehr-Vereidigung: Ein großes Militärspektakel plant Apel für November in Bonn.

Die Rekrutenvereidigung und die Wiedereinführung der Orden stellen den politischen Teil der großangelegten Militarisierungspläne der westdeutschen Reaktion. Dagegen hat es bereits zahlreiche Aktionen gegeben.

Gegen Apels Bonner Pläne und die ganze bereits vorbereitete Kampagne zur Propaganda für die Bundeswehr werden seit einiger Zeit ebenfalls Aktionen vorbereitet. So ist für den 8. November in Bonn eine große Demonstration geplant, an der voraussichtlich auch die Rote Garde teilnehmen wird.

Die Rote Garde Ruhr bereitet innerhalb der Kamener Initiative eine Veranstaltung in Dortmund (am 7. November) und einen Fackelzug in der Dortmunder Nordstadt (am 12. November) vor.

Wie berechtigt und notwendig solche Aktionen sind, zeigen auch zwei Fälle aus den letzten Tagen, wo Menschen, die sich gegen den Rüstungskurs aussprachen kurzerhand bestraft wurden. Ein Rekrut, der sich bei der Kamener Vereidigung gegen das Spektakel wandte wurde mit einer Geldstrafe bedacht. Und ein Mitarbeiter der IABG wurde entlassen, weil er aufdeckte, daß bei der MRCA-Beschaffung der Luftwaffe von der Industrie gegenüber dem Ministerium erpresserische Maßnahmen angewandt werden.

In einer Zeit also, da jeder, der sich gegen den Kurs der Aufrüstung wendet bestraft wird, tun Aktionen für den Frieden besonders not. Die Jubelfeiern, die aus Anlaß des Jahrestages der Bundeswehrgründung vorbereitet werden, jedenfalls verdienen Protest. Die KPD hat mit ihrem Friedensplan einen Weg gezeigt, der diesem Rüstungswahn gerade entgegengesetzt ist. Diese Plattform wird die Rote Garde auch unter den Jugendlichen bekanntmachen.

Der „Rote Morgen" wird diese Aktivitäten unterstützen, indem er in nächster Zeit verschiedene Artikel zu Geschichte und Rolle der Bundeswehr veröffentlichen wird, die dem Friedenskampf der jungen Kommunisten helfen sollen.

Wiesbadener Militärmarkt

2 000 Menschen demonstrierten gegen Rüstungsmesse

Zahlreiche Jugendorganisationen beteiligt

WIESBADEN.— Zum fünften Mal fand die „Military Electronics Defence Expo" in diesem Jahr in Wiesbaden statt. Aber während das Militaristenspektakel alle Jahre zuvor in aller Stille durchgezogen wurde, war dieses Mal der öffentliche Protest so groß, daß selbst der Bürgermeister die Frage aufwerfen mußte, ob diese Messe noch in die Wiesbadener Landschaft passe.



Polizei schütze die Rüstungsmesse mit Stachedraht und einem Großaufgebot.

Fast 30 Organisationen, vor allem Jugendverbände, hatten im Rahmen der „Wiesbadener Friedenswochen" dazu aufgerufen, gegen diese Schau zu demonstrieren — ein Aufruf, dem über 2 000 Jugendliche folgten.

Die „MEDE 80" wurde von rund 240 Rüstungsbetrieben aus 45 Ländern beschickt. Diese warben für ihre Produkte mit Sprüchen wie „Fire and forget" (schieß und vergiß), womit die Zielgenauigkeit ihrer Mordinstrumente angepriesen werden soll. Hauptkunden der Ziel- und Spionageelektronik, die dieses Jahr Schwerpunkt der MEDE ist, sind die faschistischen Regimes der Entwicklungsländer. Staatliche Aufkäufer aus Südafrika, Brasilien und Argentinien, aber auch aus Nigeria usw. waren in den letzten Jahren regelmäßig Gäste der Ausstellung.

Bei der Abschlußkundgebung der großen Demonstration, gegen die rund 3 000 Polizisten aufgeboten waren, war die Empörung groß, als die westdeutschen Rüstungsfirmen genannt wurden, die sich auf diese Weise am internationalen Waffenhandel beteiligen: Siemens, Linde und andere in der hessischen Gegend angesiedelten Werke waren darunter.

DGB und SPD hatten ihren Jugendorganisationen einmal mehr verschiedene Schwierigkeiten für die Teilnahme in den Weg gelegt, während selbst christliche Pfadfinder sich daran beteiligten.

RG Ruhr führt ein antimilitaristisches Seminar durch

„Den Frieden schaffen — mit unseren Waffen"

ZEIT: Freitag, den 31.10. um 17.00 Uhr Startschuß. Ende am Sonntag, den 2.11. um 16.00 Uhr.
ORT: Naturfreunde-Jugendheim „Am Sonnenstück" in 5779 Altenhellefeld bei Arnsberg. Betten für 70 Teilnehmer, eigene Küche.
ANMELDUNG: Bei den örtlichen Gruppen der RG oder bei Gerd Knoop, 4600 Dortmund 30, Preinstraße 41. (Preis ca. 20 Mark).

DORTMUND.— Unter dem oben genannten Motto organisiert die RG Ruhr am Wochenende vom 31.10. bis 2.11.1980 ein antimilitaristisches Seminar.

Da wird gearbeitet: Zu verschiedenen Fragen rund um das Thema „Gegen den Krieg" werden Arbeitsgruppen gebildet, die am Samstagmorgen und Sonntagmorgen Material erarbeiten, Fragen diskutieren, Vorschläge für Aktionen machen...

Da wird gesehen: und zwar am Freitagabend ein Film gegen den Krieg, einer der es in sich hat!

Da wird gehört: und zwar zugehört. Wem? Ernst Aust, dem Vorsitzenden der KPD, der zu den Teilnehmern über den Kampf der KPD für den Frieden sprechen wird. Und anschließend wird geredet. Und zwar über alles, was unklar ist, klar? Am Samstagnachmittag.

Gefeiert wird auch: Samstagabend natürlich. Mit Tanz, Bier und heißer kalter Platte.

Und Sonntagnachmittag wird Resümee gezogen.

Achtung! Jugend in Gefahr!

Ach, wenn wir die CSU nicht hätten...

Dann wäre die Jugend schon längst kommunistisch. Oder terroristisch. Raffiniert, wie die Unterwanderer nun einmal sind, haben sie jetzt nämlich eine neue, ganz hinterhältige Methode erfunden, die deutsche Jugend zu verseuchen. Nicht mehr auf Demonstrationen oder Versammlungen, nein, daheim bei den Eltern sollte sie jetzt verhetzt werden. Im Spiel. Aber da hört der Spaß auf.

Der bayerische Sozialminister jedenfalls kümmert sich darum. Auf seinen Antrag hin wurde das Spiel „Provopoli" von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften auf den Index gesetzt, für Jugendliche verboten. Das Spiel, eine Persiflage auf das bekannte „Monopoly" stellt nämlich, so der Minister in München, eine Aufforderung zu terroristischem Verhalten dar!

Ja doch, ein Spiel, das als „Antimonopoly" verkauft wird, das ist ja wirklich schon der halbe Kommunismus, da hat er recht, der Herr Minister. Die Kommunisten sind ja bekanntlich auch gegen Monopolies.

Aber: Ein bißchen mehr Konsequenz hätte man sich von einem Minister der Regierung Strauß schon erwartet. Denn: Wenn es um Erziehung zu terroristischem Verhalten geht, erinnert sich der Schreiber dieser Zeilen immer an so perfide Spiele wie „Mensch ärgere dich nicht" — der pure Terror, Herr Minister, der pure Terror!

hrw

Arbeitssicherheit und Profitkalkulation

„Notwendiges Übel"

Ungefähr alle zwei Stunden kommt es in der Bundesrepublik zu einem Arbeitsunfall mit tödlichem Ausgang. Wie zynisch und menschenverachtend die Kapitalisten an das Problem der Arbeitssicherheit herangehen, dokumentiert ein Artikel, der im August in dem Unternehmerblättchen „Produktion" veröffentlicht wurde. Dieser Artikel verkündet unverhohlen, soziale Gesichtspunkte könnten keine Rolle für die Unternehmer spielen; die Arbeitssicherheit sei nichts als eine Frage der Kostenkalkulation.

„Produktion" ist eine Wochenzeitung für Unternehmer und Manager von Klein- und Mittelbetrieben. Der besagte Artikel trägt die bezeichnende Überschrift: *„Arbeitssicherheit — Soziale Tat oder Managementaufgabe?"* Schon im fettgedruckten Vorspann stellt der Autor, ein gewisser Hans Rehhahn, unmißverständlich klar, daß die Frage der Arbeitssicherheit für die Unternehmer nur unter dem Gesichtspunkt der Profitmaximierung interessant sei:

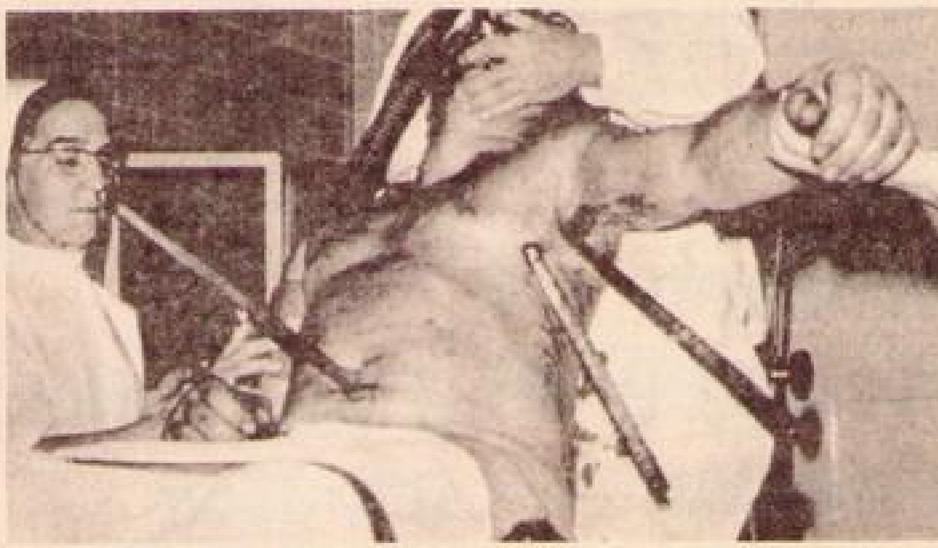
„Die Sorge für die Arbeitssicherheit gilt in unserem Lande als eine ‚soziale Tat'. Doch werden Industriebetriebe nicht um der sozialen Taten willen gegründet, sondern um nützliche Produkte preisgünstig herzustellen und an den Mann zu bringen. So rangiert der Arbeitsschutz unter den notwendigen Übeln, die dem Betrieb von außen aufgenötigt worden sind. Entsprechend groß ist die Begeisterung aller Führungskräfte für die Arbeitssicherheit."

Ein ebenso offenherziges wie zynisches Bekenntnis! Arbeitsschutz — ein notwendiges Übel, das den Kapitalisten „von außen" aufgezwungen wurde! Kann man viel klarer zum Ausdruck bringen, wie menschenverachtend das kapitalistische Profitsystem ist? In aller Ausführlichkeit setzt der Herr Rehhahn seinem Leserkreis auseinander, daß der Arbeitsschutz einzig von folgendem Gesichtspunkt her Beachtung verdiene: *„Unnütze Unfallkosten"* mindern den Profit. Im folgenden einige weitere Kostproben aus der Feder dieses Herrn:

„Da sind Leistungsverluste durch Unfälle keine uninteressante Größe mehr. Fachleute schätzen, daß die Unfallkosten acht Prozent aller Arbeitskosten in den Betrieben ausmachen. Wer auf acht Prozent mehr oder weniger Lohnkosten nicht zu sehen braucht, mag Arbeitsschutz weiter als eine ‚soziale Tat' behandeln. (...) Wer unnütze Unfallkosten sparen will, braucht seine Aufmerksamkeit nur diesem Kostenfaktor mit derselben Intensität zuwenden wie einem Qualitätsproblem."

Auch hält der Herr Rehhahn den deutschen Bossen ihre japanischen Konkurrenten als Beispiel für knallhartes Kalkulieren vor: *„Wie man an Ort und Stelle sehen kann, kommen japanische Betriebe mit einem Zehntel unserer Unfallraten aus. Das ist auch ein Wettbewerbsvorteil! Der Zusammenhang mit den Kosten ist auch sehr drastisch: ein Unfalltoter kostet den Betrieb auf der Stelle 20 Millionen Yen. Das ist ein so großer Betrag, daß danach auch der Vizepräsident für Finanzen fragt."*

So ist das also! Für den japanischen Unternehmer ist ein Unfalltoter einfach ein kostspieliger Luxus, den er sich nicht so ohne weiteres leisten kann, jedenfalls nicht in unbegrenzten Mengen...



Arbeitsunfall: Einem Bauarbeiter bohrten sich Moniereisen in den Brustkorb und in den Bauch.

Deutsche Unternehmer, denkt an den Wettbewerbsvorteil der Japaner! So appelliert Herr Rehhahn. Er fügt jedoch gleich hinzu: *„Auch in unserem Lande gibt es Betriebe, in denen eine hohe Unfallrate der beruflichen Karriere eines Betriebsleiters schadet. Auch bei uns kommen Betriebe mit einem Zehntel der Unfälle ihrer Konkurrenten aus (...)."* Man kann sich auch einmal von dem Gedanken lösen — so Herr Rehhahn — daß der Arbeitsschutz aus Gewinnsucht vernachlässigt werde — im Gegenteil: *„Das Problem ist einfach, daß die Geschäftsleitung der Verschwendung menschlicher Arbeitsleistung durch Unfälle keine Beachtung schenkt."*

Möglicherweise mag ein scharf kalkulierender Kapitalist an diesem Punkt einwenden, daß es allerdings im jeweiligen konkreten Fall sehr die Frage sei, welche Form der „Verschwendung" sich nun mehr rentiert: die von Geldern für einen besseren Unfallschutz bzw. durch eine Verringerung der brutalen Arbeitshetze? Oder aber jene durch verletzte oder getötete Arbeiter bedingte „Verschwendung von menschlicher Arbeitsleistung"? Herr Rehhahn vergaß obendrein zu bedenken, daß heutzutage ein nahezu grenzenloses Überangebot an Arbeitskräften auf dem Markt ist: Sie werden den Unternehmern sozusagen für ein Butterbrothinterhergeworfen...

Vor einigen Wochen kam es in der Schachtanlage Warndt bei Saarbrücken zu einem schweren Grubenunglück: Der Gasgehalt der Grube lag ständig über der zulässigen Grenze. Um nicht durch ständige Arbeitsunterbrechungen „menschliche Arbeitsleistung zu verschwenden", schalteten die Zechenbosse mit behördlicher Genehmigung das Sicherheitssystem ab, das bei gefährlich hohem Gasgehalt automatisch die Fördermaschinen außer Betrieb setzt. Da geschah es: Schlagwetterexplosion! Ein Kumpel starb. 17 sind teilweise schwer verletzt.

Hat die Zechenleitung nun in diesem Fall die Kostenfrage der Arbeitssicherheit gut oder schlecht kalkuliert? Was meinen Sie dazu — Herr Rehhahn?

Schaut nach Italien!

Die italienischen Klassenbrüder machen es uns vor, wie man sich gegen die Angriffe der Konzernherren auf die Arbeitsplätze wehrt. Mehr als 15 Millionen Arbeiter und Angestellte in Italien demonstrierten am Freitag letzter Woche mit einem vierstündigen Generalstreik ihre Solidarität mit den FIAT-Arbeitern.

Zu der Kampfaktion hatten die drei großen Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL aufgerufen. In allen großen Städten Italiens kam es zu großen Demonstrationen und Kundgebungen.

Die Solidarität der italienischen Arbeiterklasse gilt den 23 000 Fiat-Arbeitern, die die Konzernleitung entlassen will. 140 000 Beschäftigte der Fiat-Werke streiken seit fast einem Monat gegen diesen skrupellosen Entlassungsterror.

Als deutscher Gewerkschafter kann man nur mit Neid nach Italien blicken oder besser: mit Bewunderung für unsere italienischen Klassenbrüder! Man stelle sich eine ähnliche Bewegung einmal hier in der Bundesrepublik und in Westberlin vor! Sicher — es liegt teilweise daran, daß die italienischen Kollegen kampfbereiter sind, weil es ihnen noch erheblich dreckiger geht als uns deutschen Arbeitern. Aber das allein ist es nicht!

Es gibt in letzter Zeit viele Beispiele, wo Kollegen bei uns spontan zu Aktionen, zu Streiks für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze übergegangen sind. Aber die Gewerkschaftsbonzen? Sie wiegeln ab, versuchen den Ausbruch solcher Aktionen schon im Keim zu ersticken, und wo es doch dazu kommt, tun sie alles, um den Kampf möglichst schnell abzuwürgen.

Auf diese Weise konnten die Kapitalisten in den letzten Jahren Hunderttausende von Arbeitsplätzen vernichten, ohne daß es dagegen zu größeren Streikbewegungen kam. Das muß sich möglichst bald ändern! Propagieren wir das Beispiel unserer italienischen Kollegen in Betrieb und Gewerkschaft!



Streikende FIAT-Arbeiter blockieren die Werkstore.

Arbeiter greifen häufiger zu Kampfmaßnahmen

Warnstreiks zeigen zunehmende Kampfbereitschaft

DORTMUND.— In den vergangenen zwei Wochen kam es neben den Aktionen der Postbediensteten auch in anderen Betrieben zu mehreren Warnstreiks und Kampfaktionen.

Seit mehr als zwei Wochen dauert bereits die Besetzung des pleitegegangenen Metallbetriebes der **Firma Sauerwald** in **Köln-Porz** durch die Belegschaft an. Die Kollegen wollen den Abtransport von Maschinen und Fertigteilen durch Gläubiger der Firma verhindern.

Am Donnerstag vergangener Woche protestierten rund 1 200 Beschäftigte der **AEG-Tochtergesellschaft Duofrost Kühl- und Gefriergeräte GmbH** in **Wiesbaden** gegen die angekündigte Entlassung von rund 650 Kollegen, indem sie für mehrere Stunden die Arbeit niederlegten. Anfang Oktober waren in der Belegschaft Pläne der AEG-Bosse für die Entlassung und für Produktionsverlagerungen nach Kassel bekanntgeworden. Hauptsächlich sollen Frauen, ausländische Kollegen und Schwerbehinderte auf die Straße gesetzt werden.

Bei der **Metallfirma Sixt GmbH** in **Walldorf bei Heidelberg** traten 120 Beschäftigte in der vergangenen Woche zweimal in einen Warnstreik, um ihrer Forderung nach Abschluß eines Werkstarifvertrages Nachdruck zu verleihen. Die IG Metall und der Betriebsrat versuchten seit zwei Jahren vergeblich, zu Verhandlungen über einen Werkstarifvertrag mit der Firma zu kommen.

Ebenfalls in der vergangenen Woche beteiligten sich über tausend Beschäftigte in mehreren **Hamburger Betrieben** des **Phillips-Konzerns** an Warnstreiks gegen Einkommensschmälerungen. Bereits im vergangenen Jahr hatte die Konzernleitung den Arbeitern die Prämien für zehnjährige Betriebszugehörigkeit gestrichen. Jetzt wollen die Bosse auch noch das Weihnachtsgeld um 17 Prozent kürzen.

In der vorletzten Woche kam es in einer Reihe von **Brauereien Nordrhein-Westfalens** und **Hessens** zu Warnstreiks der Bierbrauer gegen die unverfrorene Haltung der Brauereiunternehmer in den Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen. Die Forderung der Bonzen der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) war mit 9,5 Prozent schon niedrig genug. Die Unternehmer jedoch wollten nicht einmal sieben Prozent zulegen. In Hessen beharren sie bislang auf einem Hohnangebot das sie ultimativ vorlegten, von 6,42 Prozent.

In Nordrhein-Westfalen allerdings ist die NGG-Führung den Kollegen bereits in den Rücken gefallen. Trotz der Warnstreiks in den Dortmunder Brauereien Ritter, Kronen und Union sowie in der Wuppertaler Brauerei Wicküler, die die Kampfbereitschaft der Arbeiter deutlichmachten, unterschrieben sie in Krefeld am Donnerstag vorletzter Woche einen Schandabschluß: Die Kollegen erhalten ganze 6,76 Prozent mehr.



Für eine bessere Vergütung der Schichtdienste und mehr Freizeit bei Schichtarbeit kämpfen die Kollegen bei der Bundespost.

Postbedienstete kämpfen für bessere Schichtdienstregelung

Warnstreiks bei der Bundespost in vielen Städten

Mehr Freizeit und bessere Vergütung für Schichtarbeit gefordert

DORTMUND.— Tausende von Postbediensteten, darunter sehr viele Frauen, folgten in der vergangenen Woche einem Aufruf der Postgewerkschaft (DPG) und verliehen mit zwei- bis dreistündigen Warnstreiks ihrer Forderung nach besserer Vergütung von Schichtdiensten und humaneren Arbeitsbedingungen Nachdruck.

Seit Dienstag letzter Woche kam es bis zum Wochenende täglich zu neuen Warnstreiks der Postbediensteten. In München, Augsburg, Stuttgart, Ulm, Heilbronn, Tübingen, Kempten, Fulda, Darmstadt, Kassel, Frankfurt, Duisburg, Wuppertal und in anderen Städten legten die Kollegen und Kolleginnen in den Paketpostämtern, bei der Fernsprechauskunft, im Postzustelldienst und in anderen Bereichen der Deutschen Bundespost aus Protest gegen die provokative Haltung des Postministers gegenüber ihren Forderungen die Arbeit nieder. Allein in Hessen beteiligten sich an zwei Tagen 2 300 Kollegen an den Warnstreiks.

Die Warnstreiks dauerten teilweise mehrere Stunden. In verschiedenen Gebieten der Bundesrepublik gingen die Briefträger mit leeren Taschen auf Tour. Zusätzlich fanden in vielen Post- und Fernmeldeämtern außerordentliche Betriebsversammlungen während der Arbeitszeit statt.

Aufgerufen zu den Kampfaktionen hatten die Bezirksleitungen der Deutschen Postgewerkschaft. Die Forderungen der DPG: besseres Entgelt für Nacht- und Feiertagsdienst sowie für Wechseldienst — die Arbeitszeit für diese Dienste muß eineinhalbfach angerechnet werden! Ferner werden Zusatzurlaub, vorbeugende arbeitsmedizinische Betreuung und mehr Pausen gefordert.

Das Angebot des Postministers empfinden die Kollegen zu Recht als eine Provokation. Es sieht kümmerliche zwei Prozent Zeitzuschlag vor, den jedoch nur ein kleiner Teil der Schichtdienstleistenden erhalten soll. In einem Flugblatt der Postgewerkschaft heißt es dazu: „Diese Provokation wird von den Beschäftigten nicht hingenommen."

Seit 1974 fordert die Postgewerkschaft bereits die Verbesserung der Schichtdienstregelung. Die Post hatte es jedoch verstanden, die Verhandlungen endlos hinauszuzögern. Begonnen haben die Verhandlungen vor mehr als zwei Jahren. Diese unverschämte Hinhaltetaktik haben die Kollegen jetzt langsam satt.

Rund 200 000 der insgesamt etwa 500 000 Postbeschäftigten sind ständig im Schichtdienst eingeteilt. Der Vorsitzende der DPG von München erhielt starken Beifall, als er auf einer Streikversammlung erklärte: „Man kann uns nicht mit ein paar Pfennigen für den Nachtdienst ködern. Wir brauchen ausreichende Zeitzuschläge. Wir brauchen mehr Freizeit für Schichtarbeiter, damit das Leben nicht zu kurz kommt."

DGB unterstützt reaktionäre Gewerkschaft in der Türkei

Faschistische Türk-Is-Führer aufgewertet

Gewerkschafter aus Hamburg für Propagandashow mißbraucht

HAMBURG.— Ohne es zu wissen, wurden DGB-Gewerkschafter aus Hamburg dazu mißbraucht, die Führung der reaktionären türkischen Gewerkschaft Türk-Is [Konföderation der Gewerkschaften der Türkei] aufzuwerten. Was zunächst als Studienreise einer DGB-Seminargruppe ausgegeben wurde, erwies sich als Propaganda-Show für die faschistische Türk-Is-Führung.

Im Sommer dieses Jahres fuhr eine dreizehnköpfige Seminargruppe der Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben (AuL) Hamburg und des DGB Hamburg zu einer „Studienfahrt" in die Türkei. Die Reise wurde gemeinsam mit der den Faschisten nahestehenden Gewerkschaft Türk-Is durchgeführt. Zumindest ein Teil der Mitglieder der Reisegruppe war sich jedoch nicht über den Charakter der reaktionären Türk-Is im klaren.

Die Kollegen der Reisegruppe fuhren im Glauben in die Türkei, sie könnten die Arbeits- und Lebensbedingungen der Kollegen in der Türkei und ihrer Familien sowie die politische Lage in diesem Land studieren. Es stellte sich jedoch heraus, daß die Gruppe als Repräsentationsobjekt und „offizielle DGB-Delegation" herumgereicht wurde, um es der Türk-Is zu ermöglichen, sich in der Öffentlichkeit als Brudergewerkschaft des DGB darzustellen.

Als dies klar wurde, wandte sich ein Teil der Gruppe an den Seminarleiter mit der Aufforderung, dies abzustellen. Dieser aber stellte sich taub. **Offenbar handelte es sich um ein abgekartetes Spiel, bei dem die Reiseteilnehmer von den DGB-Bonzen hintergangen wurden.**

Höhepunkt dieses schmutzigen Spiels war ein Zusammentreffen der Gruppe mit dem Generalsekretär der Türk-Is, das angeblich dazu dienen sollte, daß sich die deutschen Gewerkschafter über die Arbeit der Türk-Is informieren können. In Wirklichkeit wurde aber eine Propaganda-Show für die Tagesschau des türkischen Fernsehens abgezogen.

Dies ist ein ungeheuerlicher gewerkschaftspolitischer Skandal des DGB, denn der Türk-Is-Generalsekretär ist ein Faschist, ein Agent des amerikanischen Geheimdienstes CIA, der die Türk-Is aufgebaut hat.

Nach dem Militärputsch wurde eben dieser faschistische Gewerkschaftsboß von den Putsch-Generalen zum Staatsminister für Arbeit und soziale Sicherheit gemacht. Der Türk-Is geschah nichts, während linksgerichtete Gewerkschaften wie die DISK sofort verboten und unterdrückt wurden. Funktionäre der DISK und anderer Gewerkschaften wurden verhaftet. Sie werden in den Kerkern des Militärregimes gefoltert und ermordet.

In einem Interview mit der Tageszeitung „Die Neue" berichtet eine Teilnehmerin der Gruppe: *„Wir wurden gefilmt, ohne zu wissen von wem. Als wir in den Raum kamen, standen die Scheinwerfer schon, und einige Kameraleute liefen durch die Gegend.· Wir hatten keine Ahnung, was sich da eigentlich abspielte."* Hinterher sahen die Kollegen durch Zufall ihren Auftritt in der Tagesschau des türkischen Fernsehens.

Auch daß sie da mit Faschisten vor den Fernsehkameras zusammengetroffen sind, erfuhren sie hinterher durch Zufall: ein türkischer Kollege klärte sie über den Charakter der Türk-Is-Führung auf. Daraufhin kam es innerhalb der Reisegruppe zu Auseinandersetzungen. Sieben der dreizehn Teilnehmer lehnten es ab, das Programm in der vorgesehenen Weise weiterzuführen.

Mehrere der Reiseteilnehmer schrieben nach ihrer Rückkehr nach Hamburg einen Brief an die AuL bzw. den DGB Hamburg, um eine Aufklärung der skandalösen Sache herbeizuführen. Sie mußten jedoch die Erfahrung machen, daß die DGB-Bonzen daran nicht das geringste Interesse haben. Einer der Briefschreiber gegenüber der „Neuen": *„Mit AuL/DGB wollten wir diskutieren, wie man verhindern kann, daß Kollegen wieder derart von Türk-Is mißbraucht werden. Da sind wir aber eiskalt abgeschmettert worden mit den Sätzen, daß sich erstens die Seminarleitung korrekt verhalten habe und zweitens AuL und DGB kein Interesse an einem Gespräch mit uns hätten."*

Aus diesem Verhalten der Bonzen zogen die Kollegen die Konsequenz, eine Dokumentation über das skandalöse „Reiseseminar" zu erarbeiten (Titel: „Die Türkei — ein schönes Land"; Preis 2 Mark, einzusenden in Briefmarken; Bestelladresse: Manfred Hinck, Gottschalkring 1, 2100 Hamburg 90).

Es gehört zu den schändlichsten Kapiteln des DGB, daß seine Führer immer wieder der internationalen Gewerkschaftsbewegung in den Rücken fallen und mit den faschistischen Kräften, an deren Händen das Blut unserer Klassenbrüder klebt, gemeinsame Sache machen.

Veranstaltung der KPD.

17.10.1980, 19.00 Uhr: Veranstaltung der KPD und der Roten Garde zum Thema: Gewerkschaftspolitik der KPD und RGO vor 1933. Es spricht: Horst-Dieter Koch. Ort: Antifaz, Düsseldorf-Eller, Alt-Eller 7.

Aufruf des RGO-Vorstandes an die Mitglieder

Die RGO bereitet sich auf ihren 2. Kongreß vor

KASSEL.— Im Januar 1981 findet für die revolutionären und klassenkämpferischen Gewerkschafter ein wichtiges Ereignis statt: Der 2. Kongreß der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) tritt zusammen.

In der neuesten Ausgabe der RGO-Nachrichten (Monatszeitung der RGO) ruft der zentrale Vorstand der RGO alle Mitglieder der RGO und alle interessierten Kollegen dazu auf, sich gründlich auf den 2. Kongreß der RGO, der im kommenden Januar stattfinden wird, vorzubereiten. In dem Aufruf heißt es unter anderem:

„Alle RGO-Mitglieder und interessierten Kollegen sind aufgerufen, sich aktiv an der Vorbereitung des 2. Kongresses zu beteiligen. Nutzen wir die Zeit bis zum Januar, um Anträge, Anregungen und Diskussionsbeiträge vorzubringen, die eine möglichst breite, gewerkschaftliche Diskussion in der RGO und auch darüber hinaus widerspiegeln. Die Aufgaben des Kongresses sollen im wesentlichen darin liegen, zu den brennenden gewerkschaftspolitischen Fragen in den heutigen Klassenauseinandersetzungen klar Stellung zu beziehen und auch die praktischen Schritte für ihre Durchsetzung zu zeigen. Diese Aussagen sollen eine Wirkung auf die Gewerkschaften und besonders auf die oppositionelle Bewegung im DGB haben."

Folgende Schwerpunktthemen werden in dem Aufruf für den Kongreß vorgeschlagen:

- **Kampf gegen die Rationalisierung**
- **Aufgaben und Bedeutung von Betriebsräten**
- **Einheitsgewerkschaft**
- **Mitbestimmung**
- **Kampf für das Verbot der Aussperrung**

Ferner sollen — wie es in dem Aufruf heißt — „zu zwei sehr wichtigen, von uns bisher stiefmütterlich behandelten Arbeitsbereichen" Arbeitsgruppen eingerichtet werden, deren Ergebnisse auf dem Kongreß behandelt werden: zur **Jugendarbeit** und zur **Frauenarbeit**.

„Im weiteren geht es" - so wird in dem Aufruf erklärt — „um Anträge, Vorschläge oder Kritiken zur Arbeit der RGO insgesamt. Nehmt euch das Statut und Aktionsprogramm vor und seht, ob es da etwas zu verbessern gibt. Studiert gründlich das Referat von Thomas Scheffer aus den „RGO-Nachrichten" August/80 gerade im Vergleich mit der Gründungserklärung vom November 1978 oder dem Grundsatzartikel „Die Arbeit in den Gewerkschaften ist das Standbein der RGO" (RGO-Nachrichten 2/79)."

Die Redaktion des „Roten Morgen" appelliert an alle Genossen, an alle unsere Leser, die in der RGO mitarbeiten, ihren Beitrag dafür zu leisten, daß der 2. RGO-Kongreß ein möglichst lebendiger, kraftvoller und erfolgreicher Beitrag zur weiteren Stärkung der RGO und aller klassenkämpferischen Kräfte in den DGB-Gewerkschaften wird.



Nach dem Militärputsch in der Türkei wurde die linksgerichtete Gewerkschaft DISK verboten und ein großer Teil der Funktionäre verhaftet. Die reaktionären Türk-Is, in deren Führung Faschisten sitzen, blieb hingegen erlaubt. Ausgerechnet für sie gab der Hamburger DGB sich für eine Propagandashow her, indem er eine Delegation zu ihr entsandte. Das war wenige Wochen vor dem faschistischen Putsch.

Die internationale Solidarität vor Gericht —erster Erfolg:

Urteil gegen die IG Druck und Papier aufgehoben

FRANKFURT.— Der Zivilsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt hob am 8. 10. ein Urteil der 10. Zivilkammer des Landgerichts Frankfurt auf, nach dem die IG Druck eine Schadensersatzsumme von 58 200 Mark an die TER-Druckerei in Zeppelinheim zahlen sollte. Begründung: Das Landgericht war für diese Streitsache gar nicht zuständig.

Es geht in diesem Verfahren darum, daß deutsche und türkische Kollegen der IG Druck und anderer Gewerkschaften im April 1979 mit einer friedlich verlaufenen Demonstration den Druck einer Streikbrecherausgabe der englischen Tageszeitung „The Times" bei dem rechtsgerichteten türkischen TER-Verlag verhinderten. Unter dem Eindruck der machtvollen Solidaritätsbekundung der deutschen Drucker mit ihren englischen Kollegen verzichtete der TER-Druck auf den Druck der „Times".

Nach diesem Vorfall wurde in der Presse mit erfundenen Horrormeldungen über Gewalttaten und Brandstiftung Stimmung gegen die IG Druck gemacht, die zu der Aktion aufgerufen hatte. Auf eine Strafanzeige des TER-Drucks und der Verbände der Druckunternehmer und Zeitungsverleger hin verurteilte das Frankfurter Landgericht die Gewerkschaft zur Zahlung der genannten Schadensersatzsumme.

„Das Auge des Gesetzes sitzt im Angesicht der herrschenden Klasse." — Mit diesem Zitat von Ernst Bloch kommentierte die Gewerkschaft das Urteil.

Klar, daß dagegen Berufung eingelegt wurde. Der zweite Vorsitzende der IG Druck, Erwin Ferlemann, sagte ganz richtig: „Wenn wir hier zurückweichen, dann wird jede Aktion angewandter Solidarität vor Gericht enden." Nach dem ersten Erfolg in der Berufungsverhandlung wird der Prozeß jetzt vor dem Arbeitsgericht Offenbach neu aufgenommen.

Aber die Justiz holt noch zu einem weiteren Schlag gegen die internationale Arbeitersolidarität aus:

In einem zusätzlichen Strafprozeß sollen die Gewerkschaftsfunktionäre Manfred Balder (zweiter Vorsitzender der IG Druck Hessen), Hans-Georg Fritz (Vorsitzender der IG Druck, Bezirk Frankfurt) und Bezirkssekretär Heinz-Werner Wurstius zu Verbrechern gestempelt werden. Ihnen wird „Hausfriedensbruch" und „Nötigung" zur Last gelegt. Das Hauptverfahren wurde jetzt eröffnet, mit dem Beginn des Prozesses vor der 5. Strafkammer des Landgerichts Darmstadt ist eventuell noch in diesem Jahr, spätestens aber Anfang 1981 zu rechnen. Im Falle der Verurteilung haben die Kollegen mit Gefängnisstrafen zu rechnen.

Es gilt jetzt, sowohl für diesen Prozeß als auch den Arbeitsgerichtsprozeß die Solidarität zu organisieren, dafür zu sorgen, daß „unsere selbstverständlichen Rechte im Arbeitskampf, das Streikrecht, das Demonstrationsrecht und das Recht auf gewerkschaftliche Aktionen (...) als wesentliche Bestandteile gewerkschaftlicher Handlungs- und Betätigungsfreiheit unangetastet bleiben". (Aufruf zur Gewerkschaftskundgebung am 6. 10.)

Zu dem Prozeß gegen die Gewerkschafter noch einmal Erwin Ferlemann: **„Das ist für uns kein Prozeß von drei Kollegen, das muß der Prozeß des gesamten DGB werden."**

Wir rufen alles Leser des „Roten Morgens" dazu auf, dafür in ihren Einzelgewerkschaften zu sorgen und Solidaritätsadressen zu verabschieden.

Solidarität gegen Kriminalisierung

Unter diesem Titel hat der Landesbezirk Hessen der IG Druck und Papier eine Dokumentation über die Solidaritätsaktion für die Londoner „Times"-Kollegen und über die Unternehmerangriffe auf Gewerkschaftsrechte zusammengestellt. Gegen einen Solidaritätsbeitrag von 3 Mark kann sie bei der IG Druck und Papier, Landesbezirk Hessen, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, 6000 Frankfurt bestellt werden.

Gewerkschaftstage bei Druck und der Post eröffnet

Rationalisierung und Angriffe auf Einheitsgewerkschaft im Mittelpunkt

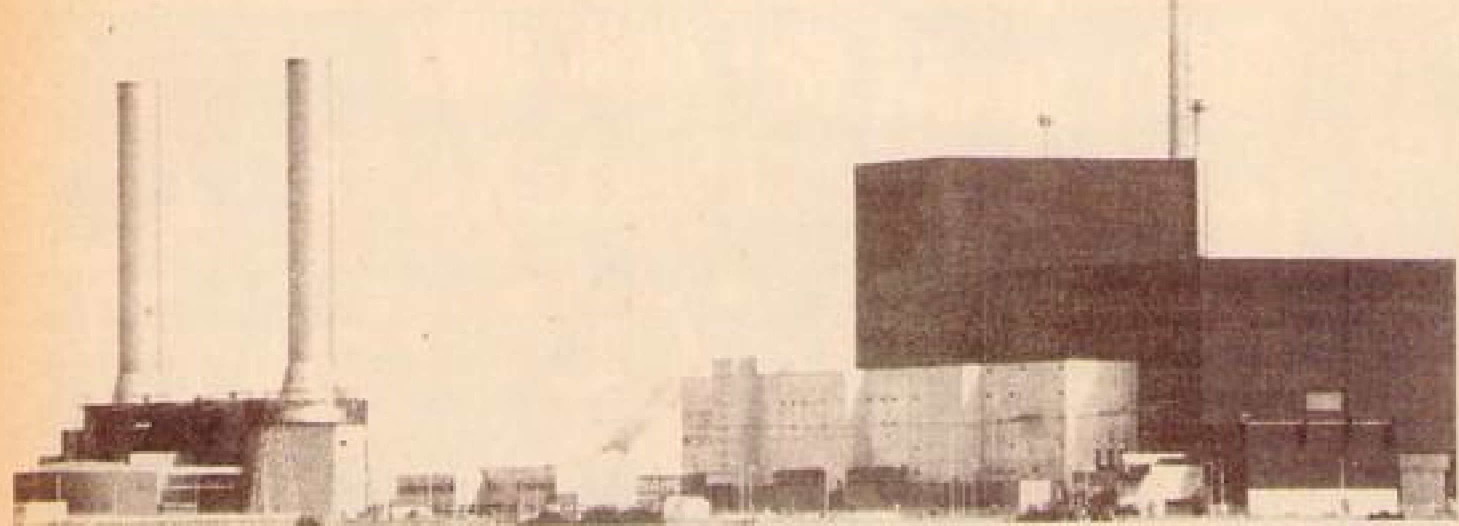
AUGSBURG/WESTBERLIN.— Am vergangenen Wochenende begannen zwei Gewerkschaftstage, die gleichzeitig abgehalten werden: der 12. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Augsburg und der 13. ordentliche Gewerkschaftstag der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) in Westberlin.

In Augsburg tagen vom 12. bis zum 18. Oktober 268 Delegierte. Sie haben über 384 Anträge zu entscheiden, die dem Gewerkschaftstag der Druckereiarbeiter vorliegen. In Westberlin tagen zur gleichen Zeit 437 Delegierte der Postgewerkschaft, denen 138 Anträge zur Beschlußfassung vorliegen.

Auf beiden Kongressen werden die Themen Rationalisierung und Einheitsgewerkschaft Schwerpunkte der Beratung und Diskussion darstellen. Das entspricht der Tatsache, daß gerade an diesen Punkten heute die entscheidenden wirtschaftlichen und politischen Angriffe auf die Interessen der Druckerei- und Papierarbeiter und der Postbeschäftigten und auf den gesamten DGB von seiten des Kapitals und der politischen Reaktion stattfinden.

Bei der IG Druck spiegeln eine Reihe sehr fortschrittlicher Anträge das Erstarken der klassenkämpferischen Kräfte wider. So werden in einer Vielzahl von Anträgen die Angriffe auf die Einheitsgewerkschaft, die unter dem Schlagwort der „kommunistischen Unterwanderung" betrieben werden, klar zurückgewiesen. Darüber hinaus fordern zwei Anträge (einer des Bezirks Stuttgart und einer des Landesbezirks Baden-Württemberg), daß der IG-Druck-Vorstand sich für die Beseitigung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse (die es in der IG Druck nicht gibt) auch in den anderen DGB-Gewerkschaften einsetzen soll.

Demgegenüber müssen die fortschrittlichen Delegierten auf dem Postgewerkschaftstag mehr aus der Defensive heraus kämpfen. Denn der Hauptvorstand selbst zieht hier eifrig am Strang des Antikommunismus. So gibt es in der Postgewerkschaft einen Beschluß des Gewerkschaftsrates, der DKP-Mitglieder zu Gewerkschaftsmitgliedern zweiter Klasse macht und sie von der Ausübung gewerkschaftlicher Funktionen ausschließt. Ein reaktionärer Antrag des Hauptvorstandes, der dem Gewerkschaftstag vorliegt, fordert die Verteidigung der sogenannten freiheitlich-demokratischen Grundordnung und stellt in absurder Verkehrung der Wirklichkeit die politischen Linkskräfte als eigentlichen Feind der Arbeiterschaft hin.



Atomkraftwerke — nach wie vor Hauptpunkt des Energieprogramms westdeutscher Monopole. Bis zu 1 Milliarde Mark an Profiten je AKW sind möglich!

Ergebnisse der Weltenergiekonferenz

In München wurde der Forderungskatalog der Monopole vorgetragen

Vor allem: astronomische Subventionen!

MÜNCHEN.— Alles war in München was im Energiegeschäft Rang und Namen hat. Die Vertreter der angloamerikanischen Ölmonopole ebenso, wie die Funktionäre der internationalen Energieagentur und Regierungsvertreter aus aller Herren Länder. Unter der Losung „Weg vom Öl" wurde dort über die Pläne der internationalen Energiemonopole gesprochen und was sie von den Regierungen erwarten.

Diese Erwartungen sind wahrlich groß. So planen die Monopole in den zehn Jahren bis 1990 weltweit Investitionen in der Höhe von 6 500 Milliarden Mark, wovon sie knapp 2 000 Milliarden als staatliche Kredite erwarten. In der Zeit von 1990 bis zum Jahre 2 000 sollen weitere 10 800 Milliarden Mark investiert werden, wovon rund 4 800 Milliarden Mark als Subventionen verlangt werden.

Wohl bemerkt: Dies sind nur die offiziell als Subventionen ausgewiesenen staatlichen Hilfsmaßnahmen für die Monopole. Nicht darin enthalten sind zum Beispiel die dem Staatshaushalt aufgelasteten Ausgaben für die notwendige Infrastruktur (Stromleitungen zum Beispiel) oder Kosten für den Kauf von Anlagen und Materialien, die nach bisherigen Erfahrungen noch höher liegen als der Subventionssatz.

Allein 8 000 Milliarden Mark sollen dabei in das besonders profitträchtige Atomkraftwerksgeschäft gesteckt werden, davon rund 3 000 Milliarden aus Steuergeldern. Rund 5 000 Milliarden Mark gehen nach diesen Plänen in den Ölsektor, davon etwa 2 000 Milliarden aus dem Staatshaushalt.

In der Bundesrepublik sollen rund 750 Milliarden Mark investiert werden, von der Bundesregierung werden davon 300 Milliarden als Subvention verlangt, jedes Jahr also durchschnittlich 15 Milliarden.

Dieses von der Dresdner Bank vorgelegte Zahlenmaterial ist sehr aufschlußreich. Es widerlegt die Losung „Weg vom Öl" als eine Propagandaerfindung.

Denn fast 30 Prozent der geplanten Investitionen gehen ins Ölgeschäft. 45 Prozent hingegen sind im AKWBau vorgeplant. Für diese beiden Energieträger werden also zusammen 75 Prozent aller Kapitalanlagen eingesetzt. Aus dem einfachen Grund, daß sie die profitträchtigsten sind.

In der Bundesrepublik sehen die Pläne der Monopole nach wie vor so aus, daß sie vor allem auf die AKWs setzen. 380 Milliarden, also über 50 Prozent des Kapitals sollen darin investiert werden — der höchste Prozentsatz nach Frankreich.

Begleitet wurde diese Konferenz, auf der die Forderungen der Monopole offen aufgestellt wurden, von einer allseitigen Propagandakampagne in allen Medien. Eine wenige Tage vor der Eröffnung der Konferenz veröffentlichte und in der Presse breit ausgeschlachtete Studie der Shell Deutschland „bewies" einmal mehr die Unschuldigkeit der Ölmultis an allem, was auf der Welt vorgeht. Anhand von Zahlen sollte darin bewiesen werden, daß die Wichtigkeit der Multis immer mehr sinkt. Allein, die vorgelegten Zahlen sprechen für sich. Nur 45 Prozent der Ölförderung außerhalb des Ostblocks und Chinas seien in der Verfügung der Multis, bereits 55 Prozent in Händen von staatlichen Fördergesellschaften. Nun ist aber zum Beispiel seit langem bekannt, daß die saudischen staatlichen Gesellschaften Aramco und Petromin in der Praxis unter dem Kommando der Rockefeller-Gruppe stehen. Bereits damit verschiebt sich das Verhältnis grundlegend, stellt doch allein deren produzierte Menge rund 17 Prozent der Welterzeugung dar.

Rechnet man zum Öl, das nur scheinbar in den Händen der betreffenden Staaten ist noch jene Mengen hinzu, die in Venezuela, Gabun, Nigeria und Kuweit gefördert werden, dann wird man sehen, daß die Multis in Wirklichkeit nach wie vor über zwei Drittel der Weltproduktion gebieten. Um so mehr als die geheimen Verhandlungen mit China, die seit längerem von Exxon geführt wurden, offenbar vor dem Abschluß stehen. Übrig bleiben dann neben der Sowjetunion vor allem noch Mexiko, Iran, Irak, Algerien und Libyen. Deren Ölwirtschaft bedürfte allerdings ebenfalls einer genaueren Analyse.

Auch die Stellungnahmen verschiedenster Teilnehmer zur Preispolitik waren einmütig, von Graf Lambsdorff und Strauß bis zum deutschen Esso-Chef Oehme, Ruhrkohle-Chef Bund und Deutsche-Bank-Sprecher Christians. Man solle nur die Unternehmen die Preise gestalten lassen, dann könne man den Verbraucher schon dazu bringen, weg vom OPEC-Öl zu gehen. Mit anderen Worten: der Raubzug der Monopole wird fortgesetzt werden, der Staat ist dafür da, über Steuern die verlangten Kapitalien zu beschaffen.

Einig war man sich auch darin, daß vor allem der Erdgaspreis weiter hochgetrieben werden müsse, um zu einem „ausgeglichenen" Markt zu kommen. Auch hier wurde die OPEC-Preistreiberei attackiert, ohne allerdings Zahlen zu nennen, weil diese eine andere Sprache sprechen. So beträgt der OPEC-Gaspreis nur rund 25 Prozent des Ölpreises und wurde in letzter Zeit auch nicht einmal nominal erhöht, während der Gaspreis in der Bundesrepublik durch ein diktiertes Abkommen der Monopole automatisch an den Ölpreis gekoppelt wird. Unter diesen Verhältnissen ist die gegenwärtige Lage für die Monopole am rentabelsten. So wird weltweit jeden Tag Erdgas im Heizwert von 3,6 Millionen Barrel Heizöl einfach abgefackelt, um ein Überangebot zu verhindern, das den Preis drükken würde.

Schließlich sind auch die Kohlepläne der Energiemonopole bezeichnend. In der Bundesrepublik wird geplant, den wachsenden Kohlebedarf bis zu 25 Prozent aus Kohleimporten zu decken. Importierte Kohle, so die Monopolisten, sei billiger als westdeutsche, und deshalb müsse man verstärkt in den Kohleberbau investieren — im Ausland versteht sich. Die Forderung, die von verschiedenen Sprechern des Monopolkapitals vorgetragen wurde, sowohl K.H. Bund von der Ruhrkohle, wie auch zum Beispiel von Peter von Siemens lautet: Es muß eine staatlich finanzierte, aber privat geführte Sicherungsgesellschaft geschaffen werden, wie die Deminex beim Öl, die die Auslandsinvestitionen im Kohlebergbau schützt und das „unternehmerische Risiko" abdeckt.

Die Forderungen nach einer Stärkung des einheimischen Kohlebergbaus werden von den Monopolherren also in den Wind gewischt, weil dieser ihnen zu wenig profitabel ist. Die Bundesrepublik will dabei vor allem Kohle aus den USA, Australien und Südafrika holen, die die größten Koleexporteure des westlichen kapitalistischen Systems sind.

Die dortige Kohle wird aber von denselben Energiemonopolen beherrscht, wie das Ölgeschäft — der Kurs auf weitered Abhängigkeit im Energiegeschäft ist also vorprogrammiert, er verspricht auch den westdeutschen Monopolen größere Profite durch Minderheitsbeteiligungen.

Angesichts dieser Pläne des Finanzkapitals erweisen sich die Forderungen, wie sie das Zentralkomitee der KPD im Sommer 1979 erhoben hat, als immer wichtiger. Vor allem die Forderungen nach Abkoppelung des Erdgaspreises vom Erdölpreis und nach verstärktem Abbau westdeutscher Kohle werden dabei immer wichtiger.

Denn: je mehr sich das bundesdeutsche Monopolkapital in Abhängigkeit von den angloamerikanischen Energiemonopolen begibt, desto mehr wächst auch die Gefahr noch tiefer in die aggressive Politik dieser Kreise verwickelt zu werden.

Weltwährungskonferenz in Washington

Alle Forderungen der unterentwickelten Länder abgewiesen

Stärkung der Rolle der westdeutschen Monopole

WASHINGTON.— Bei der Jahrestagung des internationalen Währungsfonds in Washington wiesen die hochentwickelten kapitalistischen Industrieländer alle Forderungen der unterentwickelten Staaten schroff zurück. Dabei taten sich insbesondere die Vertreter der Bundesrepublik, Finanzminister Matthöfer und Bundesbankpräsident Pöhl hervor.

Immer wieder hat in den vergangenen Jahren das Wirken des internationalen Währungsfonds (IWF) Schlagzeilen in der Presse und Unmut vieler Werktätiger in zahlreichen Ländern der Erde hervorgerufen. Zur diesjährigen Jahrestagung war deshalb die „Gruppe der 24", die für 121 Entwicklungsländer, die Mitglieder des IWF sind, spricht, mit einem klaren Programm von Forderungen gekommen.

Dieses Programm umfaßte vor allem vier Punkte. Zum ersten sollte die Kreditmenge, die zinsfrei gewährt wird, auf 50 Prozent der vor jedem Land für die Mitgliedschaft einbezahlten Quote erhöht werden. Zweitens sollte der Stimmenanteil der Entwicklungsländer von 33 auf 45 Prozent erhöht werden.



Pöhl und Matthöfer, Kredithaie der IWF.

Drittens wollten die Entwicklungsländer mehr Sonderziehungsrechte erhalten, um dadurch mehr harte Währung, Devisen erhalten zu können. Und schließlich sollten die scharfen Kreditbedingungen des IWF gemildert werden.

Alle diese Forderungen wurden rundweg abgelehnt. Während Pöhl als Hauptredner gegen die Erhöhung des Stimmanteils antrat mit dem Argument, der IWF dürfe nicht „politisiert werden, lehnte Matthöfer gemeinsam mit dem japanischen Finanzminister Watanabe die anderen Forderungen ab. Begründung: Der IWF sei keine entwicklungspolitische Organisation, sondern ein Organ zur Sicherung des Welthandels, und solche neuen Regelungen würden private Geldgeber, sprich die Großbanken, abschrecken.

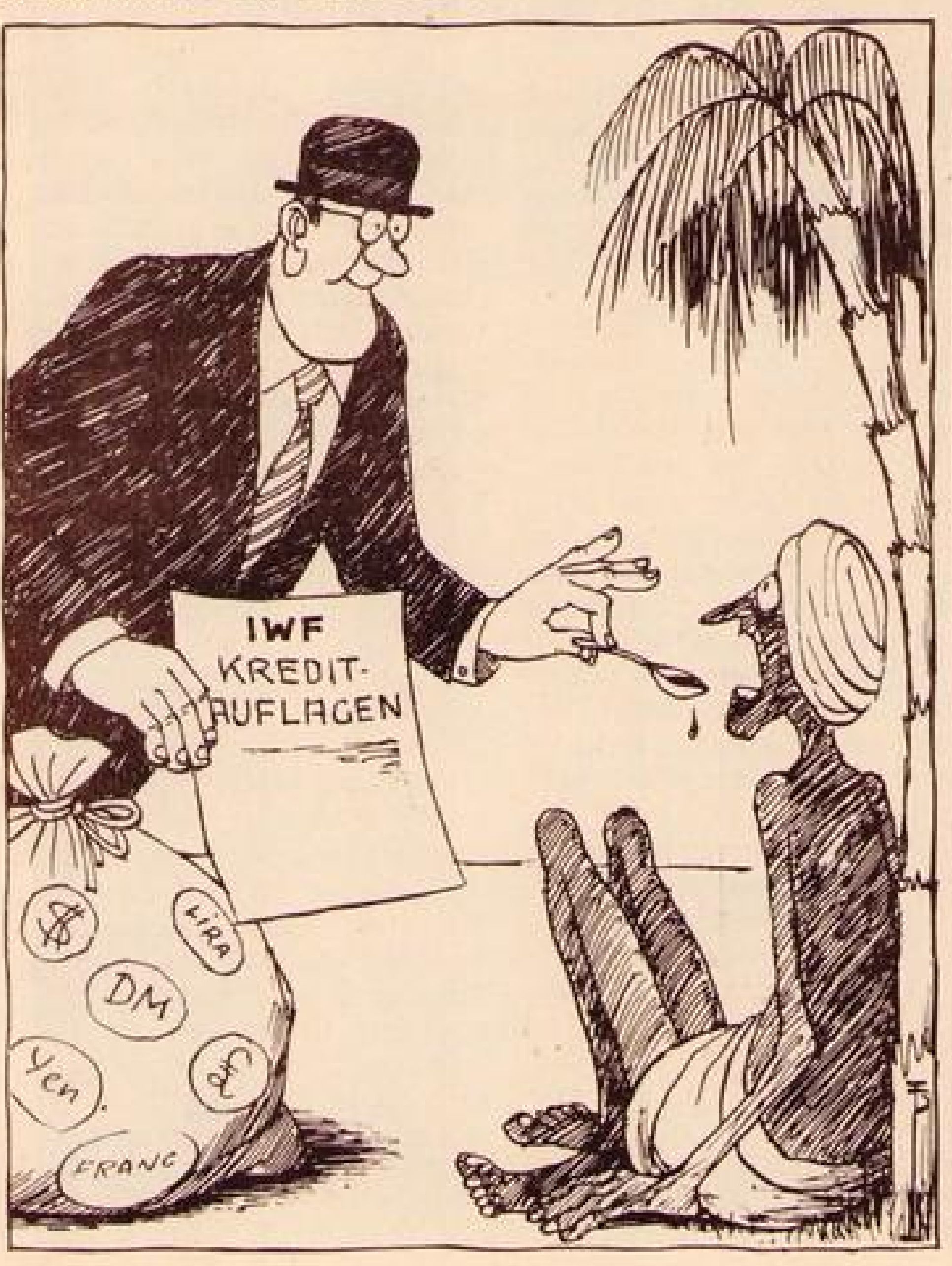
Die Stimmanteile blieben also festgelegt entsprechend der wirtschaftlichen Stärke der Mitglieder. Und hier ist es so, daß fünf der insgesamt 140 Mitgliedstaaten alleine bereits über 40 Prozent der Stimmen verfügen, nämlich die USA alleine über rund 20 Prozent, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und Japan über weitere 20 Prozent. Insgesamt hat die „Gruppe der 10", die die großen kapitalistischen Staaten vertritt (u.a. noch Kanada, Italien und Schweden) fast 60 Prozent der Stimmen und kann so die gesamte Politik des IWF bestimmen.

Eine Neuerung wurde jetzt eingeführt, nämlich die Neuberechnung der künstlichen Währungseinheit der Sonderziehungsrechte. Statt wie bisher aufgrund von 16 werden diese SZR jetzt nur noch auf der Basis von 5 Währungen berechnet, die damit bestimmend für den Welthandel sind: 42 Prozent des Berechnungswerts stellt der Dollar, 19 Prozent die Mark und je 13 Prozent der französische Franc, das Pfund Sterling und der Yen. Damit ist die Stellung des Dollar gehalten, die der Mark und des Yen beträchtlich aufgewertet.

Eine weitere Neuerung ist die Erhöhung der Kreditmöglichkeiten auf das Doppelte der selbst eingezahlten Quote für drei Jahre hintereinander, also insgesamt 600 Prozent der Quote — erstmalig in diesem Jahr angewandt auf die Türkei. Dabei ist diese Erhöhung der Kreditmöglichkeiten verknüpft mit einer weiteren Verschärfung der Kreditbedingungen, so daß ein Land, daß diese Quote ausschöpfen muß, um international zahlungsfähig zu bleiben, seine Wirtschaft fast vollständig dem IWF und das heißt, wie man sieht, nichts anderes als dem westlichen Imperialismus, vor allem dem amerikanischen, ausliefern muß. Die Türkei, Portugal, Ägypten und Jamaika waren in den letzten Jahren Beispiele für Länder, die dem rücksichtslosen Diktat des IWF folgen mußten. Sie alle mußten ihren staatlichen Wirtschaftssektor verkleinern, Massenentlassungen durchführen, sie mußten ihre Währung abwerten und bessere Bedingungen für ausländische Investitionen schaffen. Vor allem in Afrika und Lateinamerika wird die Wirtschaftspolitik einer ganzen Reihe von Staaten heute bereits vom IWF gemacht.

Seit der IWF im Jahre 1945 geschaffen wurde, um, entsprechend dem Finanzabkommen von Bretton Woods, das den Dollar zur westlichen Leitwährung machte, den Welthandel auf Dollarbasis zu kommandieren, war der IWF das alleinige Instrument der Wall-Street-Finanzgruppen gewesen, ihre Herrschaft im Welthandel zu festigen. Erst bedingt durch die amerikanische Krise und das Erstarken anderer kapitalistischer Staaten und die Finanzkrise des Jahres 1971, mit der Abschaffung des Dollars als Leitwährung, änderte sich dies teilweise. Seit 1974 werden die Sonderziehungsrechte als künstlich ausgerechnete gemeinsame Geldeinheit verwandt, an der auch andere Währungen eingerechnet sind.

Während die Imperialisten gegenüber den Forderungen der Entwicklungsländer hart blieben und sich selbst bei der Verteilung der Machtposition absprachen, zeigte sie auch der UNO die kalte Schulter. Die Ernährungsorganisation der UNO, die FAO hatte ebenfalls einen Antrag an den IWF gerichtet. Länder, in denen Nahrungsmittelknappheit herrsche, sollten begünstigt Kredite bekommen können. Auch dies wurde abgelehnt. Dafür wurde begrüßt, daß die Weltbank gemeinsam mit dem IWF eine spezielle Kreditorganisation für die Ölschulden der Entwicklungsländer schaffen will. Und es wurde eine weitere Ausdehnung der Kreditvergabe angekündigt, die bereits in den ersten neun Monaten dieses Jahres um Vergleich zum Vorjahr um 80 Prozent angestiegen ist. Dazu sollen neben den sogenannten Petrodollars vor allem aus Saudi-Arabien (die Saudis zeigten sich im übrigen mit den Beschlüssen der imperialistischen Zehnergruppe einverstanden) auch rund 20 Milliarden Dollar bei Großbanken geborgt werden, die den IWF als sichere Kapitalanlage betrachten.



Vor einem der letzten großen NS-Prozesse:

SS-Obersturmbannführer Ehlers richtet sich selbst

KIEL.— Kurz bevor am 26. November endlich das Hauptverfahren in einem Prozeß gegen tausendfache Mörder aus den Reihen der SS eröffnet wird, hat sich der Hauptangeklagte, Ernst Boje Ehlers in seiner Schleswiger Wohnung umgebracht. Der in Kiel stattfindende Prozeß hat von der Anklage her das Ausmaß und die Bedeutung des Kölner Lischka-Prozesses.

Worum es dabei geht und wer die Angeklagten sind, macht ein Blick auf den Lebenslauf von Ernst B. Ehlers deutlich:
geboren am 17.10.1909 in Sparrieshop,
NSDAP-NR.: 95459
SS-Nr.: 307426
Goldenes Parteiabzeichen
Träger des SS-Ehrenringes und -degens,
Hilfsreferent der Gestapo Berlin ab September 1937,
ab 15.11.1938 im Reichs-Sicherheits-Hauptamt (RSHA), Leiter der Hauptabteilung II/2 im Amt II — Sicherheitspolizei, Leiter der Staatspolizeistelle Liegnitz (Legnica) ab Dezember 1940, Juni bis November 1941 Leiter der Abteilung IV (Gestapo) der Einsatzgruppe B in Smolensk (UdSSR) — durch diese Einsatzgruppe wurden mindestens 17000 Juden und „rassich minderwertige" Menschen ermordet.

26000 Juden nach Auschwitz deportiert

November 1941 bis Januar 1944 Beauftragter des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD für Belgien und Nordfrankreich mit Dienstsitz in Brüssel — verantwortlich für die Deportation von mindestens 25000 belgischen und mehreren tausend französischen Juden nach Auschwitz, wo diese umgebracht wurden,
20. April 1943: SS-Obersturmbannführer.

Mittäter bei Ehlers' Mordtaten waren **Konstantin Canaris** (Ehlers-Nachfolger in Brüssel) und SS-Obersturmbannführer **Kurt Asche.**

Ein bezeichnendes Licht auf die Behandlung von NS-Verbrechen in der Bundesrepublik wirft die Tatsache, daß auch diese drei bei uns wie so viele andere „in Frieden alt" werden konnten. Besonders krasses Beispiel auch hier Ernst Ehlers: **1943: SS-Obersturmbannführer — 1953: westdeutscher Verwaltungsrichter!** Statt bestraft zu werden, machte Ehlers nach Kriegsende wieder Karriere. 1953 wurde er in Schleswig Verwaltungsrichter. Nach Einleitung der Ermittlungen 1962 (!!) wurde er vom Dienst suspendiert — bei voller Weiterbezahlung seiner Bezüge; erst 1974 wurde er nach zahlreichen massiven internationalen Protesten in den Ruhestand versetzt. Auch das 1976 eingeleitete Verfahren wäre beinahe von den Gerichten in Flensburg abgewürgt worden.

Wie Ehlers in seinem „Abschiedsbrief" mitteilt, hat ihn der bevorstehende Beginn der Hauptverhandlung zum Selbstmord getrieben. Auch eine Lösung. Es hätte nur viel früher passieren müssen.

Einer der anderen Nazi-Mörder, Konstantin Canaris, hat inzwischen die vorläufige Einstellung des Verfahrens gegen sich erreicht, weil er einen Amtsarzt fand, der ihn verhandlungsunfähig schrieb — auch dies ein Versuch, sich der Verurteilung zu entziehen, den schon viele Nazis vor ihm, leider erfolgreich, unternommen haben.

Bleibt also für's erste das Verfahren gegen Kurt Asche. Dennoch: **Dieser Prozeß geht jeden Antifaschisten an!**

Unsere Kieler Genossen werden mit dafür sorgen, daß er nicht in aller Stille abläuft.

Wie wir erfahren haben, plant der Kieler Kreisverband der VOLKSFRONT eine Reihe von Aktivitäten, um die demokratische Öffentlichkeit zu mobilisieren.

Wir werden im „Roten Morgen" über den Prozeßverlauf berichten.

Wir fordern:
Lebenslänglich für die Nazi-Verbrecher Canaris und Asche!



Ehlers war verantwortlich für die Deportation von mindestens 2500 belgischen und mehreren tausend französischen Juden nach Auschwitz, wo sie ermordet wurden. Foto: Selektion auf der Rampe des Konzentrationslagers Auschwitz

Eine Schande!

FRANKFURT/STUTTGART.— Weil ein 58jähriger Schweißer seine Gewerkschaft, die IG Metall, über skandalöse Arbeitsbedingungen an seinem Arbeitsplatz, der von giftigen Dämpfen verpestet wird, informiert und daraufhin über die IGM die Einschaltung des Gewerbeaufsichtsamtes erreicht hatte, wurde ihm gekündigt.

Die Hoffnung, gegen diese Unternehmerwillkür vor dem Arbeitsgericht sein Recht, seine Wiedereinstellung erkämpfen zu können, erfüllte sich nicht: das Arbeitsgericht Karlsruhe bestätigte die Kündigung. Richter Leser wertete die Information des Kollegen an seine Gewerkschaft als „schweren Bruch der Treuepflicht gegenüber dem Arbeitgeber"!

Als der 2. Bevollmächtigte der IGM Bruchsal, Günter Schering, dieses Urteil gegenüber dem „Stern" als „Schandurteil" bezeichnete, handelte er sich eine Beleidigungsklage des Karlsruher Arbeitsrichters ein und wurde vom Amtsgericht Bruchsal zu 750 Mark Geldstrafe verurteilt.

Diese ungeheuerliche Entscheidung, mit der die Ruinierung der Gesundheit eines Arbeiters — und der Kollege ist ja nun kein Einzelfall — für rechtmäßig erklärt, der Versuch, menschenwürdige Arbeitsverhältnisse unter Wahrnehmung der gewerkschaftlichen Rechte herbeizuführen, aber als strafwürdig befunden wird, hat starke Empörung unter den Metallern hervorgerufen. Selbst diese Empörung versuchen die Gerichte zu unterdrücken:

105 hauptamtliche IGM-Funktionäre, unter ihnen der Stuttgarter Bezirksleiter Franz Steinkühler, schlossen sich der Stellungnahme Günter Scherings an und bezeichneten beide Urteile als „eine Schande". Franz Steinkühler soll sich jetzt ebenfalls wegen Beleidigung des Arbeitsrichters Leser vor Gericht verantworten!

Inzwischen haben über 1000 Metaller — Teilnehmer des 13. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IGM — durch ihre Unterschrift bekräftigt, daß auch für sie diese Urteile eine Schande darstellen. Vorstandsmitglied Karl-Heinz Janzen bezeichnete es als einen Skandal, wenn kritischen Arbeitervertretern ein Maulkorb umgehängt werden solle und könne.

Dauerskandal in Bonn:

Bundestag saniert NPD-Finanzen

BONN.— Der Bundestag plant zum wiederholten Male, der NPD eine Schuld von 600000 Mark zu stunden. Das heißt ihr wird von unseren Steuergeldern ein zinsloser Kredit gewährt, um diese neofaschistische Partei vor dem finanziellen Ruin zu bewahren.

Es handelt sich bei dieser Summe um die längst fällige restliche Rückzahlung der vom Bund vorfinanzierten Wahlkampfausgaben. Die letzte Teilzahlung zur Begleichung der 1972 entstandenen Gesamtschulden von über 1,7 Millionen Mark erfolgte 1976!

Während also der VOLKSFRONT im Wahlkampf von Staat und seiner Justiz alle nur erdenklichen Hindernisse in den Weg gelegt werden, hält derselbe Staat schützend seine Hand über die Nazi-Partei und ermöglicht ihr erst ihre widerwärtige Wahlpropaganda, ihre vom Fernsehen verbreitete Hetze gegen unsere ausländischen Kollegen, und ermutigt sie in ihren Aktionen.

Die erneute Schuldenstundung wird mit dem „Argument" begründet, man wolle nicht den Eindruck erwecken, als solle eine Partei „statt mit politischen Argumenten mit dem Geldhahn zur Strecke gebracht werden".

Dieses Verhalten ist eine Provokation für alle Antifaschisten. Und: gibt es etwa der politischen Argumente nicht mehr als genug, die NPD ein für alle Mal „zur Strecke zu bringen"?

Erst am 29. September taten sich NPD-Mitglieder auch als Terroristen hervor, als sie in Bielefeld versuchten, mit Molotow-Cocktails das Haus einer „alternativen Wohngemeinschaft" abzubrennen.

Schluß mit der Finanzierung der NPD aus Bundesmitteln! Die NPD muß endlich verboten werden!



„Rechnung wie gehabt?" — „Jawoll!! An den Deutschen Bundestag!"



Darf weiterhetzen: G. Frey, Vorsitzender der „Deutschen Volksunion" (r., hier mit Nazi-Oberst Rudel)

Bayerische Justiz billigt Volksverhetzung

MÜNCHEN.— „Juden sind Vampire", unter dieser Schlagzeile erschien im Februar 1979 ein Artikel in der neofaschistischen „Deutsche National-Zeitung".

Diese ungeheuerliche Hetze, diese unverblümte Anstachelung zum Rassenhaß und Volksverhetzung ist für deutsche Gerichte kein Grund zum Einschreiten. Im August lehnte die 5. Strafkammer des LG München die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen den Redakteur Bruno Wenzel und den Herausgeber der „DNZ" Gerhard Frey ab.

Die hier offenbarte Toleranz gerade der bayrischen Behörden gegenüber den Neofaschisten ist eine der Grundlagen, die das Massaker von München ermöglichten. Aber auch nach diesem Ereignis geht die staatliche Förderung der Neonazis weiter: Am 3. Oktober zog die Münchener Staatsanwaltschaft ihre Beschwerde gegen die Entscheidung der Münchener Strafkammer zurück. Grund zum Jubel bei den Faschisten: „Damit ist einmal mehr die uneingeschränkte Rechtmäßigkeit unseres Tuns bestätigt", erklärte ein Sprecher der „DNZ".

Dieser Vorgang zeigt einmal mehr, daß man sich im Kampf gegen die sich heute sprunghaft steigernden Aktivitäten der offenen Faschisten nicht auf die Gerichte verlassen kann. Die Antifaschisten und Demokraten müssen machtvoll in die Offensive gehen, die Stärkung der VOLKSFRONT ist ein dringendes Gebot.

Verleihen wir unseren Forderungen Nachdruck:
Verbot der rassistischen und volksverhetzenden Propaganda!
Verbot der „Deutschen National-Zeitung"!

Waffenlager bei Neonazis gefunden — keine Festnahmen

Der Staat verschont die braunen Terroristen

KIEL.— Bei Razzien an acht verschiedenen Stellen im Norden Schleswig-Holsteins stellte die Polizei bei Neonazis neben umfangreichem nationalsozialistischem Propagandamaterial verschiedene Kriegswaffen sowie Chemikalien zur Herstellung von Bomben sicher.

Zu den gefundenen Waffen gehören ein Karabiner, ein Vorderlader, ein Revolver, eine Pistole mit Magazin, ein Reizstoff-Sprühgerät und Gummiknüppel. Besondere Beachtung verdient nach dem Blutbad von München sicher das Material zum Bombenbauen. Angesichts des Verhaltens der Behörden muß man sich allerdings fragen: **War ihnen München noch nicht genug?**

Denn es wurde nicht ein einziger der betroffenen Faschisten verhaftet! Bisher gab man sich zufrieden mit sechs Vernehmungen und der grandiosen Feststellung, der „Verdacht von Straftaten im Bereich des Rechtsextremismus" habe sich erhärtet.

Für Schleswig-Holstein ist allerdings nicht einmal das selbstverständlich. Noch vor kurzem erklärte CDU-Innenminister Uwe Barschel: „Die in den letzten Jahren aufgetretenen gewalttätigen neonazistischen Gruppen scheinen sich infolge des frühzeitigen und energischen Eingreifens der Sicherheitsbehörden aufgelöst zu haben." (Landesverfassungsschutz-Bericht) Und das, wo gerade in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren mit schöner Regelmäßigkeit immer wieder Waffen und NS-Material gefunden wurden, die betroffenen Nazi-Größen von der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" u.a. aber nach wie vor frei herumlaufen!

Seit langem haben sich die Rechten für solche Terroranschläge, wie sie heute täglich zu vermelden sind, gerüstet. Die Zahl der Verfahren gegen Neofaschisten und vor allem die Urteile in diesen Verfahren stehen in keinem Verhältnis zu den behördlichen Kenntnissen über die Vorbereitungen. Schon für 1978 wurden Ende letzten Jahres z.B. folgende Zahlen über Waffenfunde bekannt gemacht:

- 70 Kriegswaffen, die soweit unbrauchbar gemacht, leicht zu reparieren waren
- 1246 Kurz- und Langwaffen
- 949 wesentliche Waffenteile von Kriegs- und Zivilwaffen
- rund 300000 Schuß Munition
- sieben Kilogramm Sprengstoff
- zwölf im Eigenbau hergestellte Bomben und 32 Zünder
- eine Vielzahl militärischer Ausrüstungsgegenstände.

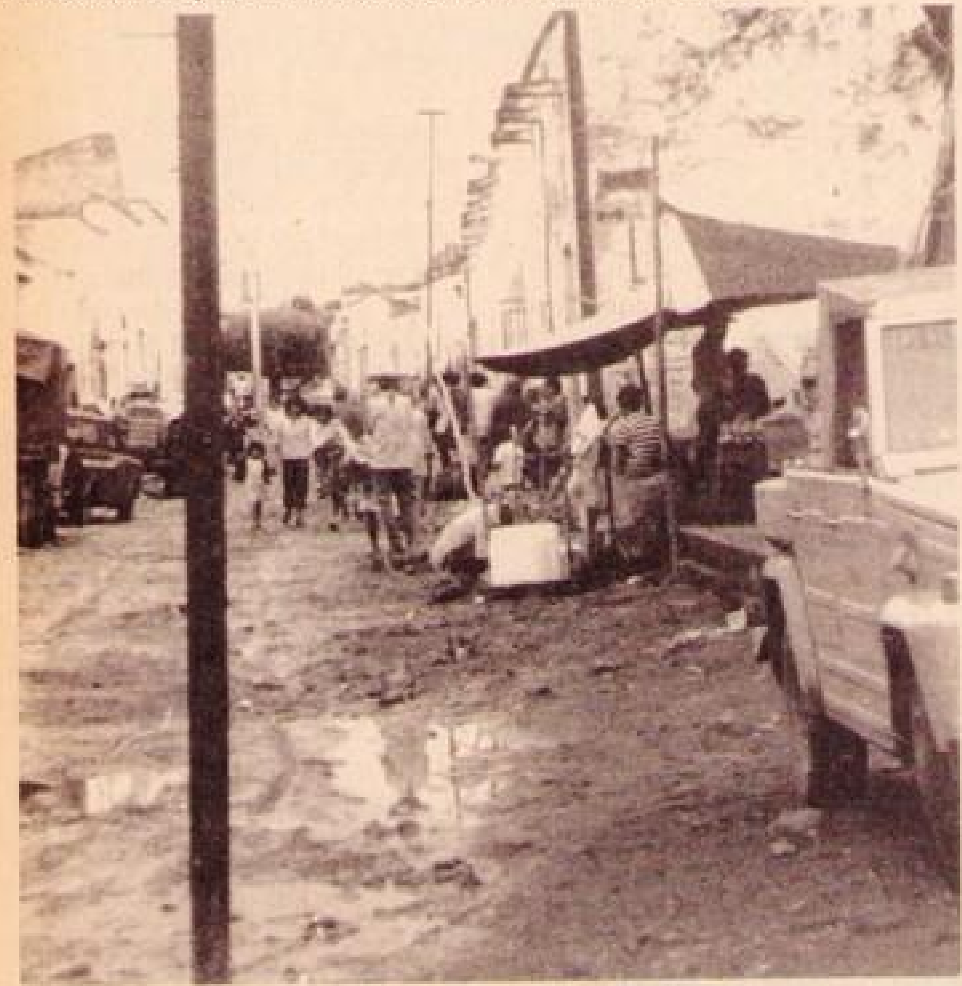
Im vergangenen Jahr wurden 1483 Straftaten, davon 117 mit Gewaltanwendung behördlich registriert — mehr als jemals seit Kriegsende. Und dennoch hat der Bundesverfassungsschutz-Bericht dieselbe Tendenz wie der Schleswig-Holsteinische.

Daß nach den Münchener Ereignissen die braunen Bomben-Bauer von Seiten des Staates offenbar weiterhin mit Samthandschuhen angefaßt werden, ist eine Ungeheuerlichkeit und Vorschubleistung zu neuen Verbrechen.

Quando tendremos la tierra — Wenn uns das Land gehört

(Volkskorrespondenz aus Mexico, Teil III)

Hiermit veröffentlichen wir den dritten und vorläufig letzten Teil des Reiseberichts, den uns eine Leserin aus Mexico schrieb. War in den beiden ersten Teilen von den Erfahrungen und Gesprächen mit mexikanischen Arbeitern berichtet worden, so werden diesmal die Erlebnisse auf dem Lande, bei den Bauern geschildert.



Eine Dorfstraße im Süden Mexico Citys.

Leider nur auf Tagestouren — längere Fahrten waren aus Zeitgründen nicht möglich — lernte ich, wie auch aus Gesprächen mit mexikanischen Freunden, aus Presseberichten und Büchern etwas von der Situation der Campesinos, der mexikanischen Landbevölkerung kennen, die zusammen mit den Arbeitern in der Fischerei und Forstwirtschaft über die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung Mexikos ausmachen.

Der Kampf der Bauern um das Land, das sie bestellen, währt seit Jahrzehnten; seit der Zeit, als unter Porfirio Diaz (der mit einer kurzen Unterbrechung von 1876 bis 1910 regierte) die Bauernschaft in unvorstellbares Elend versank.

Mit Hilfe seines Unterdrükkungsapparates, vor allem der von ihm geschaffenen Landgendarmerie, der „rurales" war es P. Diaz gelungen, was keiner zuvor vermocht hatte: den indianischen Dorfgemeinschaften das ihnen seit Jahrhunderten zuerkannte Land zu rauben. 1911 besaßen nur noch 3,4 Prozent der Bauern eigenen oder der Dorfgemeinschaft gehörenden Boden.

Untrennbar mit dem Kampf der Bauern um ihre Land ist der Name des Revolutionärs **Emiliano Zapata** verbunden, der an der Spitze der bewaffneten Bauern im Bundesstaat Morelos — im Süden Mexicos — entscheidend am Kampf gegen den Diktator Diaz beteiligt war.

Emiliano Zapetas Kampf an der Spitze der Bauern ging auch unter den neuen Regimes weiter, denn die Forderungen der Bauern:

- Rückgabe des Bodens an die indianischen Dorfgemeinschaften;
- Enteignung und Aufteilung des dritten Teils aller Haciendas
- entschädigungslose Konfiszierung und gänzliche Zerschlagung der Haciendas, deren Besitzer sich als Feinde der Revolution erwiesen hatten,

wurden weder von Madero (1911 bis 1913) noch von Carranza (1913 bis 1920) erfüllt. Kein Wunder, denn beide, Madero und Carranza waren Grundbesitzer, Teil der neuen Bourgeoisie, die sich Anfang des 20. Jahrhunderts in Mexico entwickelte. Diese neue Bourgeoisie, die sich vorzugsweise aus den mexikanischen Hacendados der Nordstaaten, aus Fleischverarbeitungsfabrikanten und Getreidemühlenbesitzern, sowie aus Rohstoffproduzenten zusammensetzte, befand sich in heftiger Opposition zur Diktatur von P. Diaz, denn sie beanspruchte Teilnahme an der Regierung. Sie war ausgesprochen antiamerikanisch, denn die im Norden vorherrschenden nordamerikanischen Gesellschaften, von Diaz ins Land geholt und begünstigt, hemmten ihre Entwicklung auf Schritt und Tritt.

In einem Aufruf an das mexikanische Volk schrieb Zapata: *„Was bieten uns Carranza und seine Leute? (...) Pressefreiheit für jene, die nicht lesen können; freie Wahlen für jene, die die Kandidaten nicht kennen; eine korrekte Rechtsprechung für jene, die niemals mit einem Anwalt zu tun hatten (...) Aber mit oder ohne Wahlen, mit der Porfirianischen Diktatur oder der Demokratie Maderos, mit der geknebelten oder freien Presse bleibt das Schicksal des Volkes das Bittere."*

Auch nachdem 1917 eine neue Verfassung in Kraft getreten war, die auf dem Papier — aber auch nur dort — eine Neuverteilung des Bodens vorsah, gab Zapata seinen konsequenten Kampf für die Sache des Volkes nicht auf, bis zum 10.4.1919, als er von Carranzas Truppen in einen Hinterhalt gelockt und ermordet wurde.

Zapatas Kampf ist auch heute noch besonders im Süden des Landes lebendig, denn trotz mehrerer „Agrarreformen" sind über 2 1/2 Millionen Bauern ohne Land, viele sind arbeitslos, eine große Anzahl unterbeschäftigt.

Der Staat sieht tatenlos zu, wie die alten und neuen Ejidos (das Ejido ist die von der Verfassung vorgesehene Form des gemeinschaftlichen Bodenbesitzes) und die kleinen Bauern dahinvegetieren, aus Mangel an Krediten und technischer Hilfe die ihnen zugewiesenen Parzellen vielfach wieder verkaufen oder verpachten müssen, und sich von neuem verdingen oder in die Städte abwandern, wo die dortige Arbeitslosigkeit vergrößernd.

Bei einer Fahrt in den Süden mußten wir wütend und ohnmächtig zugleich miterleben, wie ein riesiges Polizeiaufgebot Dutzende von arbeitslosen und landlosen Indiofamilien aus ihren einfach zusammengezimmerten Hütten vertrieb und diese illegal, im Zuge der Landbesetzung errichteten Hütten zerstörten.

Auf dem Land sahen wir Bauern, die zusammen mit ihren Kindern, deren Arbeitskraft voll benötigt wird, mit primitiven Geräten das Land bestellten — für landwirtschaftliche Maschinen ist kein Geld vorhanden.

Aber auch im Dorf, selbst unter den elenden Bedingungen der dort lebenden Menschen erfuhr ich, wie schon bei den Arbeiterfamilien der Colonias, beeindruckende Gastfreundschaft und Herzlichkeit.



Die Hütten mexikanischer Bauern.

Antonio lebt im Norden von Mexico City. Antonio, Arbeiter in einer Synthetik-Fabrik hatte uns eingeladen, seine noch auf dem Land lebende Familie kennenzulernen.

Eineinhalb Stunden brauchten wir allein, um aus Mexico City rauszukommen, vorbei an Fabriken, die die Umgebung in ihre Rauchschwaden und Abgase hüllte. Dann endlich grün: Wiesen, Maisfelder, später Berge, bewachsen mit Kakteen, sie tragen „Tunas", saftige Kakteenfrüchte. Vorbei an Agaven, einer Kakteenart aus denen auch heute noch Pulque (gegorener Agavensaft), das Nationalgetränk auf dem Land, gewonnen wird.

Vorbei ging die Fahrt an Kirchen in allen Formen und Größen, an teilweise verlassenen Haciendas der Latifundistas, der in den 40er Jahren enteigneten Großgrundbesitzer.

Erst gegen Mittag erreichten wir nach abenteuerlicher Auffahrt das Haus von Antonios Eltern. Abenteuerliche Auffahrt deshalb, weil der Weg, von Straße konnte überhaupt keine Rede sein, sehr steil anstieg und von Löchern und Rillen aller Tiefen und Breiten übersät war.

Antonios Vater verdient seinen Lebensunterhalt als Gerber. Extra für uns hatten seine Eltern ein „Barbacoa" vorbereitet, in der Erde gebackener Hammel.

Da die Hammel noch nicht gar waren, fuhren wir durchs Dorf, vorbei an der öffentlichen Waschstelle am Fluß mit in Stein gehauenen Waschbrettern, weiter aufs Land, um bei einer Indiofrau illegal gegorenen Pulque zu kaufen.

Es regnete, als wir zurückkehrten. Der Tisch war deshalb im Haus gedeckt. Es wimmelte von Menschen: Antonios Familie, Freunde aus dem Dorf und wir. Mehr als 20 Personen, vom Kind bis zum Großvater, saßen dicht gedrängt in den beiden Räumen, die neben der Küche das Haus bildeten. Dazwischen hockten die ebenfalls ins Haus geflüchteten Kücken und Hühner, die sich trotz aller Bemühungen nicht rausscheuchen ließen.

Die Toilette war draußen — hinter den Agaven des angrenzenden Feldes. Die aus einem dünnen Leitungsrohr bestehende, von unten aus dem Dorf kommende Wasserleitung endete vor dem Haus.

An einer Zimmerwand ein paar Haken — ein Schrank war nicht nötig, um die wenigen Kleidungsstücke unterzubringen. Neben einem Reklamekalender hing ein Bild aus Albanien, das Jose ihnen vor einiger Zeit geschenkt hatte.

Noch ist es für Antonios Familie unvorstellbar, daß auch sie eines Tages, wie die Bevölkerung Albaniens, Herren des Landes sein werden. Sie sind — noch — keine Kämpfer für veränderte Besitzverhältnisse, wie die Bauern in anderen Gebieten Mexicos. Ihr Kampf ums tägliche Brot, um die Existenz verbraucht ihre Kraft. Unser Besuch war Anlaß zum Feiern, weniger zum Diskutieren.

Der nächste Besuch bei der Familie eines in Mexico City lebenden Arbeiters fiel buchstäblich ins Wasser: Der Fluß war über die Ufer getreten und machte es unmöglich, mit dem PKW das andere Ufer zu erreichen.

Die Fahrt dorthin hatte durch Dörfer geführt, deren — von den Behörden befohlenen — farbenprächtigen Fassaden nicht über das dahinter sich verbergende Elend hinwegtäuschen konnten.

Parolen an den Häusermauern zeugten vom Kampf gegen das Analphabetentum, vom Kampf um das Land, der mit unterschiedlicher Intensität geführt wird und immer mit Gewalt und Terror der Herrschenden beantwortet wird, wie folgende Zeitungsnotiz vom 8.8.1980 zeigt:

„Verschwunden? Nein, amigo, tot! Hier im Staate Guerrero herrscht Krieg und im Krieg gibt es keine Verschwundene" — so die Antwort des Kongreßführers im Bundesstaat Guerrero, auf die Frage nach 347 verschwundenen Dorfbewohnern.

Am 1.8.1980 berichtete eine kurze Zeitungsnotiz, daß mehrere Lehrer, die die Landbesetzungen der Bauern in La Huasteca unterstützt hatten, entlassen worden waren und erinnerte an mehrere Lehrer, die im gleichen Bezirk ermordet worden waren, als sie den Kampf der Landbesetzer unterstützten.



Der Lastesel — Haupttransportmittel vieler Gegenden.

Die folgenden Pressemitteilungen über die Situation in der mexikanischen Landwirtschaft sprechen für sich:

31.7.1980: Die Regierung beschließt, die Entwicklung der Landwirtschaft zu verschieben.

Die Getreideerzeugung von 1980 wird nur 50 Prozent von 1979 betragen.

Aus Mangel an Rohstoffen ging die Textilproduktion um 30 Prozent zurück.

4.9.1980: Die Regierung sieht die Notwendigkeit, den Import von Grundnahrungsmitteln wie Mais, Bohnen, Weizen und Zucker zu erhöhen, um die Versorgung der Bevölkerung gewährleisten zu können.

11.8.1980: Der Großgrundbesitzer kann sich aufgrund der Korruption der Behörden immer mehr ausbreiten (obwohl er „legal" nicht zulässig ist — der Verfasser).

Die hier für den landwirtschaftlichen Bereich angedeutete Korruption ist Teil des mexicanischen, kapitalistischen Alltags, wie wir selber bei einer Fahrt zu den Pyramiden von Teotihuacan erfahren konnten:

Zugegeben, Joses VW war mit acht Personen hoffnungslos überfullt, doch wir hatten keinen weiteren Wagen zur Verfügung. Nach 20 Minuten Fahrt wurden wir von schrill pfeifenden und hupenden Polizisten mit ihrem Streifenwagen zum Halten gezwungen.

Neben „Uberfullung" bestand unser weiteres Verkehrsdelikt darin, daß Jose alle Papiere zuhause gelassen hatte. Kurze Diskussion am Streifenwagen — alle warten gespannt, was passieren wird. Jose kommt zurück mit der Mitteilung, die beiden Polizisten wurden von einem Strafmandat absehen und wir könnten weiterfahren, wenn, tja, wenn wir dieses Entgegenkommen honorieren würden. Wir legten zusammen. Mit 150 Pesos (ca. 12 Mark) waren sie nicht zufrieden; sie wollten mehr. Wir erhöhten auf 200 Pesos, ca. 17 Mark und erklärten, daß wir absolut nicht mehr hätten — sie akzeptierten und wir erlebten alle zusammen einen herrlichen Nachmittag bei den Pyramiden.

Alltägliche Korruption, die fester Bestandteil des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens ist.

Viele solidarische Grüße



Verkehrsmittel „Brücke" bei Überschwemmung.

Neues Buch des Genossen Enver Hoxha erschienen:

„Die Chruschtschowianer" — ein erneutes Zeugnis des prinzipienfesten Kampfes der Partei der Arbeit Albaniens gegen den modernen Revisionismus

Im Rahmen der Veröffentlichungen seiner Erinnerungen (siehe „Betrachtungen über China" und „Begegnungen mit Stalin", über die der „Rote Morgen" berichtete), erschien ein neues Werk des Vorsitzenden der PAA, Enver Hoxha, in deutscher Sprache.

Die folgenden Informationen über das Buch entnahmen wir einer Meldung der albanischen Nachrichtenagentur ATA vom 7. Oktober.

Das Buch „Die Chruschtschowianer" gibt durch die Eindrücke und Rückblicke des Autors von und über die Begegnungen mit den Führern der KPdSU und anderer kommunistischer und Arbeiterparteien ein lebendiges und konkretes Bild über die Entwicklung der Beziehungen zwischen der PAA und diesen Parteien im Zeitraum 1953 bis 1961, vom Tode Stalins bis zum endgültigen Bruch mit den Chruschtschowianern.

Es analysiert die Hintergründe der tragischen Entwicklung in der SU und anderen Ländern und zeigt die Faktoren auf, die diese Entwicklung ermöglichten — Faktoren, deren Auftreten in Albanien die Chruschtschow-Gruppe zwar mit allen Mitteln zu fördern versuchte, die von der albanischen Partei aber entschlossen ausgeräumt wurden.

Bürokratismus und Technokratismus, der Verlust der revolutionären Entschlossenheit, die Herrschaft der Apparatschiks über Partei und Staat, ungesunde Euphorie, die Jagd nach Posten und Privilegien und vor allem der Verzicht auf den marxistisch-leninistischen Kompas sind einige der Wurzeln dieses Übels, wird in dem Buch unterstrichen.

Der Weg der Chruschtschowianer zur Machtergreifung war ein Weg der Intrigen, der Putsche, der Liquidierung ihrer Gegner, der mysteriösen Morde.

Diese Aussage belegt Genosse Enver mit Fakten, wenn er die konterrevolutionäre Rolle Chruschtschows, Mikojans und anderer beschreibt, die selbst in der Partei einen Zustand der Sorglosigkeit und Euphorie herbeiführten und einen Kult um Stalin aufbauten, während sie im Verborgenen seine Direktiven entstellten und ihre konterrevolutionären Anschläge vorbereiteten. Der Erfolg ihrer Verschwörung wurde auch begünstigt durch das Verhalten der alten Garde der sowjetischen Führer, die als Mitkämpfer Stalins angesehen wurden, die aber ihren revolutionären Geist eingebüßt hatten, politisch verkalkt waren und sich in Leichname des Bolschewismus verwandelt hatten.

Der Konflikt zwischen der PAA und der sowjetischen Führung spitzte sich durch zahlreiche Zusammenstöße auf ideologischer und politischer Grundlage allmählich zu. Er hatte zu tun mit herausragenden Fragen der Theorie und Praxis der Revolution, mit der Strategie und Taktik der kommunistischen Bewegung, mit der Haltung gegenüber den Feinden der Revolution, gegenüber den Völkern und gegenüber den Zerstörern des Marxismus-Leninismus.

Die Entwicklung dieses Konfliktes schildert der Autor ebenso anschaulich wie das Scheitern aller Versuche, die Albaner an der Äußerung ihrer Meinung und der Festigung und ideologischen Stärkung ihrer Partei gegen die revisionistischen Einflüsse zu hindern.

Einen besonderen Platz in seinem Buch gibt Enver Hoxha der Darstellung des Bukarester und des Moskauer Treffens von 1960, auf denen die PAA offen zum Frontalangriff gegen den Chruschtschow-Revisionismus überging.

Die Beziehungen der Partei und der Regierung Albaniens mit den anderen Parteien und sozialistischen Ländern werden auch verdeutlicht durch die Berichte des Autors über Begegnungen, die er mit einer Reihe von Führern dieser Länder gehabt hat, und durch deren Charakterisierung. Während Enver mit Wärme und Zuneigung von solchen Führern wie Dimitroff, Gottwald, Kolaroff, Bierut, Pieck und anderen spricht, die Internationalisten und echte Freunde Albaniens waren, unterstreicht er bei den später hochgekommenen Führern ihre indifferente, unfreundliche und später — dem Chruschtschowschen Vorbild folgend — feindliche Haltung gegenüber Albanien.





„Mit der von ihnen verfolgten Linie" zitiert ATA, „verursachten sie nicht nur der internationalen kommunistischen Bewegung großen Schaden, sondern verletzten auch die grundlegenden Interessen ihrer Länder. Es war diese Politik, die diese Länder unter die Herrschaft der Chruschtschow-Gruppe und später unter die Breschnews brachte, während die entschiedene Haltung unserer Partei entscheidend war für die Sicherung der Unabhängigkeit unserer sozialistischen Heimat."

Freundschaft mit Albanien

Unsere Partei, die enge und herzliche Beziehungen zur Partei der Arbeit Albaniens unterhält, ist von jeher daran interessiert, das Leben und die Errungenschaften der Menschen in diesem einzigen sozialistischen Land den Menschen Westdeutschlands nahezubringen, und wir begrüßen alle Aktivitäten in dieser Hinsicht.

Besondere Verdienste hat sich dabei zweifellos die „Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft" (DAFG) erworben.

Wir stellen diese Gesellschaft hier vor und empfehlen allen Lesern, sie in ihrer Arbeit zu unterstützen. Der Vorstand der DAFG wird jeden Interessierten gern weitergehend über diese Arbeit informieren. Dies sind die Grundsätze der DAFG:

Die Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft e.V. (DAFG) hat sich folgende Aufgabe gestellt:

Entwicklung und Verbreitung des Gedankens der Freundschaft mit dem albanischen Volk und deren Pflege auf breitester Ebene im Geiste internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens.

Diese Ziele werden insbesondere durch folgene Maßnahmen verwirklicht:

Förderung aller freundschaftlichen Bestrebungen zwischen dem deutschen und dem albanischen Volk,

Entwicklung vielfältiger, gegenseitiger Beziehungen zwischen beiden Völkern auf allen Ebenen,

Förderung und Vertiefung gegenseitigen Verständnisses durch die Entwicklung menschlicher Beziehungen,

umfassende Information und Durchführung von wissenschaftlichen und allgemeinbildenden Veranstaltungen über Geschichte und Gegenwart Albaniens und seine Kultur,

Förderung und Verbreitung sowie Pflege der Kunst und Folklore des albanischen Volkes,

Herausgabe und Verbreitung von Publikationen über und aus Albanien.

Die DAFG verfolgt dieses Ziel in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West) nach dem Grundsatz der Freiwilligkeit und unter Ausschluß von parteipolitischen, konfessionellen, beruflichen, rassistischen und militärischen Gesichtspunkten.

Wir rufen dazu auf, diese Ziele durch die Mitgliedschaft in der DAFG zu Unterstützen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt z. Zt. 15 DM pro Quartal, darin ist der Bezug der ALBANISCHEN HEFTE enthalten.

Die DAFG ist als gemeinnützig anerkannt, Mitgliedsbeiträge und Spenden sind steuerlich absetzbar.

Wenden Sie sich an die Ihnen nächstliegende Ortsgruppe oder an das Sekretariat der DAFG.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT		WELLENLÄNGE	
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	31 Meterband	KW
	7310 kHz	41 Meterband	KW
14.30-15.00	9350 kHz	31 Meterband	KW
	7310 kHz	41 Meterband	KW
16.00-16.30	9350 kHz	31 Meterband	KW
	7310 kHz	41 Meterband	KW
18.00-18.30	9350 kHz	31 Meterband	KW
	7310 kHz	41 Meterband	KW
19.00-19.30	7310 kHz	41 Meterband	KW
	9375 kHz	31 Meterband	KW
	1394 kHz	215m	MW
	2. Programm		
21.30-22.00	7310 kHz	41 Meterband	KW
	9375 kHz	49 Meterband	KW
	1458 kHz	206m	MW
23.00-23.30	7310 kHz	41 Meterband	KW
	9375 kHz	31 Meterband	KW
	1458 kHz	206m	MW
06.00-06.30	7310 kHz	41 Meterband	KW
	9375 kHz	49 Meterband	KW
	1394 kHz	215m	MW



„Albanische Hefte" — Zeitschrift der DAFG



Bestellungen richten Sie bitte an: Literaturvertrieb der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft e.V. Postfach 197622 2000 Hamburg 19 Tel. (040) 8502736 Zu den angegebenen Abonnementspreisen kommen z.T. noch Portokosten hinzu.

Die „Albanischen Hefte" möchten wir allen Lesern des „Roten Morgen" empfehlen. Diese auch von der Aufmachung her ausgezeichnete Zeitschrift vermittelt mit Berichten über Vorfälle, die besonders für deutsche Leser interessant sind, ein anschauliches Bild von dem Leben in Albanien und von der Entwicklung aller Bereiche dieses Lebens.

In der in jedem Heft veröffentlichten „Chronik" werden die vielfältigen internationalen Beziehungen der Sozialistischen Volksrepublik Albanien auf allen Gebieten aufgezeigt, die in der Zeit seit Veröffentlichung des letzten Heftes stattfanden. Hier wird bewiesen, daß die in Westdeutschland oft beschworene „internationale Isolation" Albaniens eine Zwecklüge der Bundesregierung ist, die ihre aus dem Nazi-Überfall auf Albanien entstandenen Verpflichtungen nicht erfüllen will. Über die Kontakte, die trotz der von Seiten der Bundesregierung betriebenen Isolierungsversuche zwischen den Völkern Albaniens und Deutschlands z.B. im Rahmen internationaler Sportereignisse stattfinden, berichten die „Albanischen Hefte" ausführlich.

Im Mittelpunkt der neuesten Ausgabe der „Albanischen Hefte", die in diesem Monat erscheint, steht das Thema „Gesundheitswesen in Albanien".

Im Herbst 1979 waren die Ärzteehepaare Hoffmann und Gedeon mit einem umfangreichen Besuchsprogramm zu Gast bei albanischen Kollegen. Sie schrieben drei sehr informative Artikel.

Mit der Arbeit auf dem Gebiet der Psychiatrie in Albanien machte sich der Chefredakteur der „Albanischen Hefte", Alfred Lorenz, bekannt. Sein Artikel „Eine soziale Psychiatrie von Anfang an" ist interessant und auch für den Laien verständlich geschrieben.

Neue BÜCHER aus Albanien

Auch in diesem Jahr beteiligt sich die Sozialistische Volksrepublik Albanien wieder an der Frankfurter Buchmesse. Einige Neuerscheinungen des albanischen Verlages „8. November" stellen wir auf dieser Seite vor.



Schreibende Politiker findet man zwar auch bei uns, auch schreibende Ministerpräsidenten — etwa F.J. Strauß, der sich auch in Büchern Gedanken darüber macht, wie die Macht der Kapitalisten zu sichern ist. Das Buch **„Der Kampf um die Befreiung Tiranas"** handelt in der Zeit, da dieser F.J. Strauß Offizier für wehrgeistige Führung in der Armee der Nazifaschisten war. Der Verfasser dieses Buches ist heute auch Ministerpräsident — in der SVR Albanien. Damals aber stand er, der Genosse **Mehmet Shehu**, im Kampf zur Verjagung der Hitler-Faschisten von albanischem Boden, war er Kommandant des Operationsstabes zur Befreiung Tiranas. Er weiß, wovon er schreibt...

„Am 15. September 1944 erhält die 1. Sturmdivision den Befehl, Tirana zu befreien.

Dies ist eine große Freude für alle Partisanen der Division. Alle halten diese schwierige Aufgabe für eine große Ehre, ein „Privileg". Es ist seit langem der glühende Wunsch der Partisanen dieser Division, für die Befreiung Tiranas zu kämpfen. Die Partisanen dieser Division waren entschlossen, ihren Weg des Heroismus und der Selbstaufopferung, dem sie gefolgt waren, wohin sie auch immer ihren Fuß gesetzt hatten, von Permeti bis zu den Felsen der Mirdita, den mit dem Blut der für das Vaterland gefallenen Helden bedeckten Weg der 1. Division, der die Tradition unserer Armee begründete, mit einem heldenhaften Kampf um die Befreiung Tiranas von den Nazis und den Quislingen zu krönen.

Doch welcher der Partisanen der Nationalen Befreiungsarmee dachte nicht genauso wie die Partisanen der 1. Division? Welcher von ihnen begriff nicht die Bedeutung der Befreiung Tiranas?

„Tirana"!... Ein symbolischer Name für alle Partisanen, für das ganze albanische Volk. Symbol der Tyrannei und der Freiheit. ....."

Spannend wie ein Roman und präzise in der Darstellung der Kampfhandlungen ist dieses Buch des Genossen Mehmet. Weitere Veröffentlichungen sind:

„Stürmischer Herbst" von Ali Abdihoxha. Ein spannender Roman über den Kampf einer kleinen Gruppe Jugendlicher in der Illegalität, zur Zeit der nazifaschistischen Besatzung Albaniens.

„Sie waren nicht allein" von Sterjo Spasse. In Albanien einer der meistgelesenen Romane; er schildert das Leben auf dem Dorf Ende der dreißiger Jahre.

„Das Epos der Recken" von Ismail Kadare. Eine Abhandlung über den Rhapsodienzyklus dieses Titels, der — parallel zum „Rolandslied", „Nibelungenlied" oder der spanischen „Cid"-Saga — das albanische Volk im mittelalterlichen Heldenepos vertritt.





„Alexander Moissi" von Vangjel Moisi. Eine Schilderung des Lebens dieses albanischen Schauspielers, der zu den größten Bühnenkünstlern aller Zeiten gehört und in Berlin z.B. eng mit Max Reinhardt zusammenarbeitet hat, bevor er angesichts der nazistischen Kulturbarbarei wie so viele Künstler Deutschland verließ.

„In den Annalen der englischen Diplomatie geblättert". Die albanienfeindlichen Pläne Großbritanniens im zweiten Weltkrieg anhand der Dokumente des Foreign Office.

„Der schwarze Umhang". Die Erzählung über Leben und Kampf des Kapitän Janos, des „Gesetzlosen", gegen feudale Unterdrückung und türkische Besatzer im 19. Jahrhundert. **Dieser spannende Roman wird in einer der nächsten Nummern des RM ausführlich besprochen!**

Albanischer Stand bei der Buchmesse

Der albanische Buch- und Filmvertrieb beteiligt sich auch in diesem Jahr an der Frankfurter Buchmesse.
Der Stand befindet sich:
Halle V, Gang D, Nummer 941.
Die albanische Delegation lädt ein.

Zum Krieg Iran - Irak

„Neue Gefahren für Freiheit und Unabhängigkeit der Völker im Mittleren Osten"

Leitartikel von „Zëri i Popullit"

Am 2. Oktober veröffentlichte das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, „Zëri i Popullit", einen Leitartikel unter dem oben genannten Titel, der die im Nahen Osten entstandene Lage analysiert. Wir drucken diesen Artikel in einer eigenen Übersetzung aus dem Englischen auszugsweise ab, entsprechend dem Text, wie er von der Nachrichtenagentur ATA verbreitet wurde.

Seit zehn Tagen besteht ein breit angelegter militärischer Konflikt zwischen dem Irak und dem Iran. Nachrichten aus dem Nahen Osten sprechen von harten Gefechten, in die Boden-, Luft- und Marinetruppen beider Länder verwickelt sind. Flugzeuge begannen, Städte und Dörfer beiderseits der Front zu bombadieren. Ölförderungsanlagen und Raffinerien waren unter den am meisten betroffenen Objekten. Das führte zum völligen Ausfall des Ölexports sowohl des Irak wie auch des Iran. (...)

Iraner und Iraker sind zwei Brudervölker, die unter demselben Imperialisten gelitten haben und aufs neue von den Großmächten bedroht werden. Wenn sie den Krieg beenden und die Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln austragen, so würde dies nicht nur ihren eigenen Lebensinteressen dienen, sondern auch der gesamten Sache der nationalen Befreiung der Völker, des Kampfes gegen Imperialismus und Kolonialismus, der Stärkung des Friedens und der internationalen Sicherheit. Im gegenteiligen Fall besteht die Gefahr eines direkten Eingreifens beider Supermächte oder von dritter Seite, was vor allem für den Iran und den Irak selbst schwere Auswirkungen haben würde.

Heute ist es kein Geheimnis, daß der gesamte irakisch-iranische Krieg von den Supermächten geschürt und organisiert wurde, in erster Linie vom USA-Imperialismus. Seit dem Sturz des Schahs haben die USA ununterbrochen alle Mittel angewandt, um die Revolution im Iran zu liquidieren und seine Herrschaft wiederherzustellen. Während dieser ganzen Zeit haben sie einen offenen und allseitigen Krieg gegen den Iran geführt.

Zu Beginn versuchten die USA eine allseitige, wirtschaftliche, militärische und diplomatische Blockade gegen den Iran zu errichten, um ihn zu ersticken. Unzufriedenheit sollte im Lande geschürt und so konterrevolutionären Gruppen die Möglichkeit gegeben werden, das gestürzte Schah-Regime wiederaufzurichten. In selbstherrlicher Weise und gegen jedes internationale Recht sperrte Amerika nicht nur die iranischen Vermögen, sondern zwang auch seine Alliierten, Handelsabkommen und Wirtschaftsverträge zu brechen, nichts aus dem Iran zu kaufen und ihm nichts zu verkaufen. Zur selben Zeit mobilisierte, bezahlte und organisierte die Carter-Verwaltung über den CIA und andere staatliche und private Organisationen zahlreiche Gruppen von Reaktionären im Iran, die aber alle nacheinander aufgedeckt und zerschlagen wurden. Als die USA sahen, daß es nicht gelang, ihre Ziele durch die Blockade und die inneren konterrevolutionären Gruppen zu erreichen, führten sie eine offene militärische Aggression durch, indem sie Fallschirmtruppen in der Wüste bei Tabas landeten. Darüber hinaus schickten sie große Marine- und Luftwaffenkräfte in den Golf, um Druck und Erpressung auszuüben und jederzeit die Möglichkeit zu haben, ihre Mariners zu landen. (...)

Die sowjetischen Sozialimperialisten haben ebenfalls ihrerseits stets eine feindliche Haltung gegenüber der iranischen Revolution an den Tag gelegt. Um aus der entstandenen Situation Vorteile zu schlagen, haben sie auf verschiedenste Weise versucht, ihren Einfluß im Iran auszubauen. Ihre Aggression gegen Afghanistan, die starke Truppenkonzentration an der Grenze zum Iran, alles dies sind Teile dieser Strategie. Unter dem Vorwand, der Iran sei ein benachbartes Land, warten die Sowjets darauf, ihre Panzer in Richtung Teheran in Marsch zu setzen, wie sie es in Kabul taten. (...)

In dieser Situation ist der irakische Überfall auf den Iran eine direkte Hilfe für die USA- und sowjetischen Imperialisten, diente deren hegemonistischen und expansionistischen Zielen.

Die Gründe, die für das Auslösen des Konfliktes genannt werden, sind haltlos. Genauso haltlos wie einst die angeblichen Gründe für den Überfall der USA-Imperialisten und später jenen der chinesischen Imperialisten auf Vietnam. Oder wie jene der Sozialimperialisten, als sie sich in Afghanistan einmischten.

Es mag etwas Wahres daran sein, daß die Geschichte ungelöste Probleme zwischen den beiden Nachbarländern Irak und Iran gelassen hat. Aber sie sind nicht derart, daß sie unausweichlich zu einer militärischen Konfrontation geführt hätten, wäre da nicht die Anstiftung und Einmischung der beiden Supermächte.

Die Forderungen nach Grenzveränderungen, territorialen Zugeständnissen und politischen Konzessionen sind Vorwände, um die militärische Einmischung zu rechtfertigen, die dem Imperialismus dient, der die heutige Macht im Iran, die aus dem Kampf gegen den USA-Imperialismus und dem verhaßten Pahlevi-Regime hervorgegangen ist, stürzen möchte. Die USA wollen im Iran eine Wiederholung der Ereignisse von 1953, als vom CIA organisierte konterrevolutionäre Offiziere Mossadegh stürzten und den abgehalfterten Schah an die Macht brachten. Jetzt rechnen sie sich aus, daß eine militärische Niederlage des Iran die Reste der militärisch-royalistischen Kaste ermutigen würde, die Revolution auszuwischen und den jungen Reza Pahlevi an die Macht zu bringen, der in Ägypten darauf wartet, die Krone seines toten Vaters zu übernehmen. Weder der Irak noch der Iran noch irgendein anderes Land des Mittleren Ostens wird in irgendeiner Weise von diesem Krieg Vorteile haben.

Im Gegenteil. Der Schaden wird groß und die Konsequenzen werden weitreichend sein. Es ist eine Tatsache, daß dieser Kampf alte Widersprüche und Fehden zwischen den arabischen Völkern vertieft und neue schafft. Anstatt ihre Reihen und ihre Einheit gegen ihre gemeinsamen imperialistischen Feinde zu schließen, kann man verfolgen, wie sie sich für oder gegen Iran oder Irak zusammenschließen. Israel reibt sich die Hände und versteckt seine Freude darüber nicht, daß seine Feinde sich untereinander töten und daß die Sache der Palästinenser und die Befreiung der Gebiete zweit- oder gar drittrangig wird. (...)

Der neue Krieg zwischen Iran und Irak berührt auch die Interessen Frankreichs, Westdeutschlands, Italiens, Japans und all der anderen Staaten, die größere Ölmengen aus dem Mittleren Osten importieren. (...) Auf der anderen Seite wird die Verstärkung der Hegemonie des USA- oder des sowjetischen Imperialismus nicht nur die Interessen der arabischen Völker berühren, sondern auch direkt die Lebens- und Arbeitsbedingungen des europäischen Proletariats verschlechtern. Die europäische Großbourgeoisie wird die Folgen einer Energiekrise auf seinen Rücken abwälzen. Unter diesen Bedingungen dürfen die werktätigen Massen Europas es nicht versäumen, gegen die Intrigen und Komplotte der großen imperialistischen Mächte im Mittleren Osten aufzustehen. Carter hat jetzt seine westeuropäischen Alliierten dazu aufgerufen, eine gemeinsame militärische Expedition zu organisieren, um die Ölrouten mit Waffengewalt offenzuhalten. Dies ist ein Vorwand, um die militärische Einmischung in dieser Region zu rechtfertigen, die dazu dient, die Interessen der Multis mit Waffen und Gewalt zu verteidigen. Die US-Flotte ist bereits im Golf. Wenn die westlichen Verbündeten der USA eine militärische Einmischung Amerikas im Iran erlauben, die zu einem großen Krieg und zu Gefahren für die ganze Welt führen kann, werden sie eine große Verantwortung tragen.

In dieser Situation müssen die europäischen Arbeiter, die eine große Tradition im revolutionären und antikolonialistischen Kampf haben, aktiv gegen die neuen geplanten imperialistischen Verbrechen werden. Sie müssen die Freiheit des Iran und seine Unabhängigkeit verteidigen, wie auch die jedes anderen Volkes, das Gefahr läuft, von den Imperialisten angegriffen zu werden.

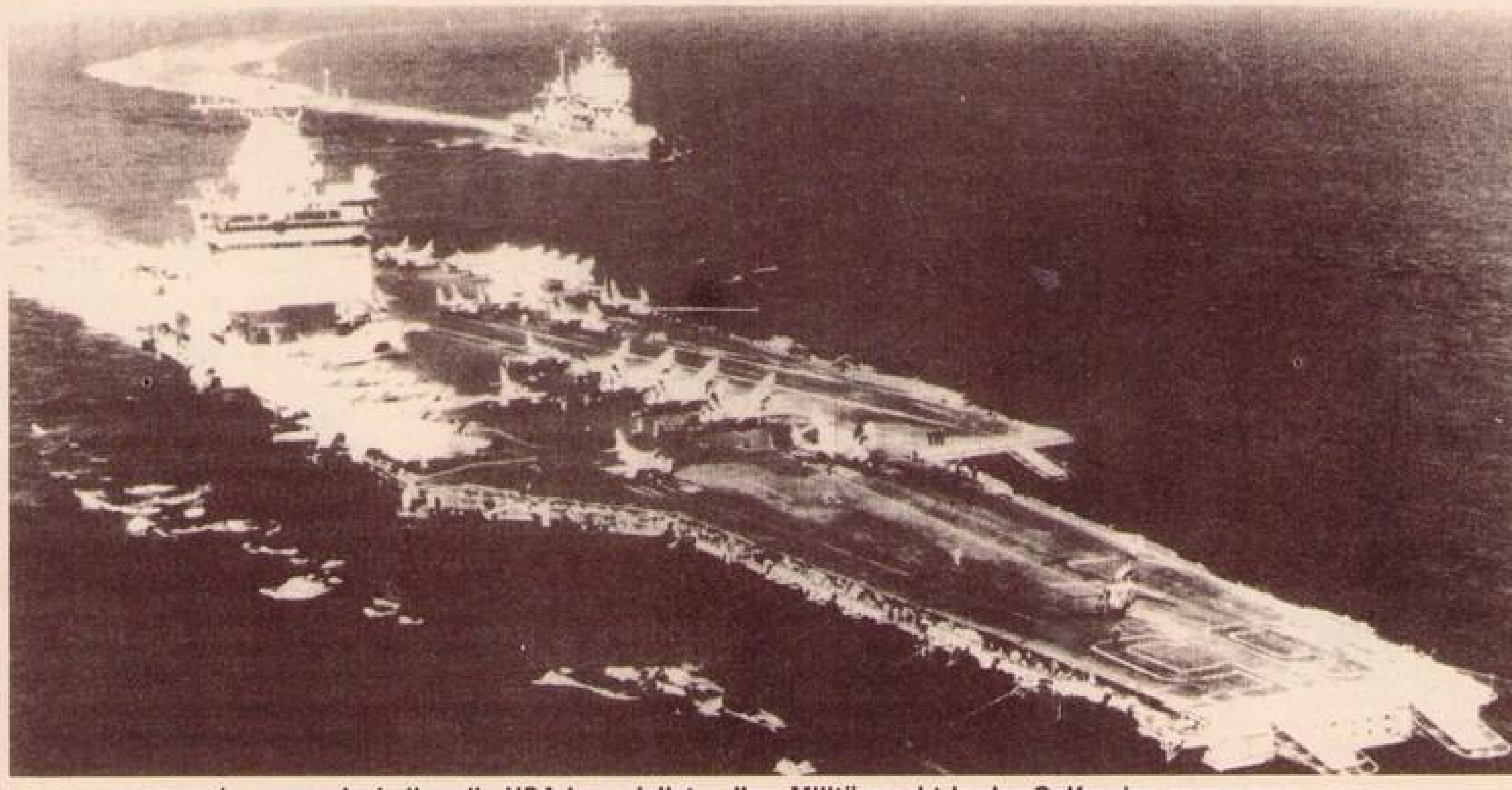
Die Gefahr einer Ausdehnung des Krieges (...) existiert. (...) Jetzt stacheln die Supermächte die Rivalitäten zwischen verschiedenen Gruppen, die im Mittleren Osten an der Macht sind, an, um die Völker dieser Region gegeneinander in den Krieg zu hetzen. Die USA und die UdSSR sind wachsam und achten genau darauf, daß keiner dem anderen zuvorkommt, zuerst in diese Zone eindringt und die Vormacht gewinnt. Während die USA-Imperialisten neue Militärkräfte am Golf konzentrieren und Pläne für den Überfall auf Iran ausarbeiten, stehen auch die sowjetischen Sozialimperialisten nicht mit verschränkten Armen da.

Warum reiste der irakische Vizepremier Aziz Tarik am ersten Tag des Angriffs nach Moskau und sprach mit Ponomarjow? Obwohl der irakische Überfall im Dienste des USA-Imperialismus steht, sind die irakischen Waffen sowjetischer Bauart und der Irak braucht Munition und Ersatzteile. Diese Waffen können nicht von einem Tag auf den anderen durch amerikanische ersetzt werden. Es dauert lange, bis sie da sind und beherrscht werden, aber der Krieg wartet nicht. Die Sowjets liefern niemandem Waffen, um ihren amerikanischen Rivalen zu helfen. Sie sind daran interessiert, daß Irak und Iran einander schwächen und zerstören, so daß sie es leichter haben, dort einzugreifen. Sollte die irakische Armee vormarschieren, und die Gefahr besteht, daß der Iran zu einer USA-Basis wird, könnten die Sowjets in den Iran einfallen. Sie haben auch die prosowjetischen arabischen Kräfte und die pseudomarxistischen Parteien dieser Länder als Reserve. (...)

Mit dem Einmarsch in Afghanistan kamen die sowjetischen Sozialimperialisten näher an den Mittleren Osten und die Ölquellen heran, jetzt wollen sie die Situation ausnutzen, um tiefer in diese Zone einzudringen.

Wie man es auch betrachtet, die Fortsetzung des Krieges wird den Brudervölkern des Iran und Irak sowie auch den anderen Nachbarländer nur schaden. Die irakischen Besatzungstruppen sollten deshalb in ihr Land zurückkehren. Die Fortsetzung des Krieges vergrößert mit jedem Tag die Möglichkeit und Gefahr des Eingreifens der Supermächte, was mit schwersten Konsequenzen für Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität verbunden ist.

Die bestehenden Streitigkeiten und Uneinigkeiten zwischen zwei Ländern können nur im Geist des Verstehens und der guten Nachbarschaft gelöst werden. Keinerlei imperialistischen Mächte darf dabei erlaubt werden. Das ist durchaus möglich, wenn man berücksichtigt, daß der gemeinsame und hauptsächliche Feind der Völker des Iran und des Irak der USA-Imperialismus, der sowjetische Sozialimperialismus, die internationale Monopolbourgeoisie und deren Agenten sind.



Immer mehr ballen die USA-Imperialisten ihre Militärmacht in der Golfregion zusammen.

Richtigstellung

Als Antwort auf die infamen Versuche der westdeutschen Reaktion, die faschistischen Banden und ihre Mordtaten in Zusammenhang mit dem Befreiungskampf der Palästinenser zu bringen, übergab der Vertreter der PLO in Bonn eine Presseerklärung, die wir hiermit veröffentlichen. Darin werden die absurden Verleumdungen, wie sie von der „Welt" verbreitet wurden, zurückgewiesen.

Presseerklärung des PLO-Vertreters bei der Liga der Arabischen Staaten in Bonn

Wir haben es bisher vermieden, Erklärungen jeder Art herauszugeben, um nicht in den Wahlkampf hineingezogen zu werden.

Die Zeitung „Die Welt" schreibt in ihrer Ausgabe vom 30.9.1980 auf der ersten Seite: „Fäden der Neo-Nazis zu PLO und SED". Damit zwingt sie uns dazu, Stellung zu beziehen. Uns ist klar, daß „Die Welt" genau weiß, daß diese Meldung nicht zutreffend ist. Es ist vielmehr die besondere Art dieser Zeitung, die PLO und ihre Ziele zu verleumden und zu diffamieren.

Die PLO weist jedes Gerücht über Verbindungen zur sogenannten „Wehrsportgruppe Hoffmann" entschieden zurück. Die Drahtzieher dieses Attentats dürften in ganz anderen Kreisen zu suchen sein. In seiner Ausgabe vom 26. Juni 1980 berichtet der „Stern": „Westdeutsche Geheimdienstler entdeckten ihn im südlichen Libanon. Dort steht der rechtsradikale Deutsche dem libanesischen Major und Israel-Schützling Saad Haddad zur Seite, der als Befehlshaber der christlichen Milizen und Chef einer selbstausgerufenen ‚freien Republik' nicht ruhen will, bis auch ‚der letzte Palästinenser aus dem Libanon verschwindet.'".

Es ist bekannt, daß Hoffmann darüber hinaus Kontakte zu anderen Gruppen in Italien, Belgien, Spanien etc. hat.

Wir geben diese Presseerklärung auch in der Hoffnung ab, daß „Die Welt" nicht mehr mit diesen Methoden Propaganda macht. Es ist schändlich, die Toten in dieser Weise zu mißbrauchen, um damit bestimmte Ziele zu erreichen.

Abdallah Frangi
Vertreter der PLO bei der Liga der Arabischen Staaten in Bonn



Buchbesprechung

Nazim Hikmet: „Menschenlandschaften“

Dies ist ein Buch, das im Gefängnis geschrieben wurde, in den Jahren 1942 bis 1947, und vielleicht konnte dieses Buch auch nur in diesem Gefängnis geschrieben werden.

Im Gefängnis von Bursa, in dem der Dichter Nazim Hikmet ab 1940 inhaftiert war (verurteilt wegen „Aufhetzung zur Meuterei“), standen die Zellentüren offen. Die Gefangenen konnten sich innerhalb des Baus relativ frei bewegen. So lernte Nazim Hikmet eine große Anzahl von Gefangenen kennen, Menschen aus allen Klassen und Schichten des Volkes, und er schuf aus diesen Erfahrungen und Erkenntnissen die zahlreichen Gestalten und Menschenschicksale seines fünfbändigen Werkes „Menschenlandschaften“. Darüber hinaus halten seine Mithäftlinge Nazim Hikmet direkt bei der Arbeit an seinemWerk. Der Dichter las ihnen die entstehenden Texte vor, und nach ihren Äußerungen und Kritiken verbesserte und überarbeitete er das Geschriebene, damit es einem Hauptkriterium gerecht würde: vom Volk verstanden und aufgenommen zu werden. — Noch in der deutschen Übersetzung besticht die Einfachheit und Knappheit der Sprache, die Klarheit und Genauigkeit der Bilder.

„Ich möchte“, schreibt Nazim Hikmet über „Menschenlandschaften“, „daß der Leser, nachdem er die 12 000 Zeilen gelesen hat, sich so fühlen soll, als sei er durch eine wogende große Menschenmenge gegangen.

2) Ich möchte, daß der konkrete Ausdruck dieser großen wogenden Menschenmenge dem Leser vor dem Hintergrund einer bestimmten Zeit von verschiedenen Klassen angehörenden Menschen der Türkei von der sozialen Lage der Türkei in einer bestimmten historischen Periode erzählen soll. (...)

3) Ich möchte an zweiter Stelle, daß die die türkische Gesellschaft umgebende Weltlage — in einer bestimmten Periode — verstanden wird.

4) Ich möchte, daß die Fragen ‚woher man gekommen ist, wo man sich befindet und wohin man geht‘ — mit maximalen Möglichkeiten in meinem Bereich beantwortet werden.“

Bisher sind erst drei der insgesamt fünf Bände der „Menschenlandschaften“ erschienen, aber bereits nach der Lektüre dieser drei schmalen Bücher stellt sich der Eindruck der „wogenden Menschenmenge“ ein. Es ist keine anonyme Masse, die einem entgegentritt; es ist eine Vielzahl einzelner Figuren und Schicksale, deren Aneinanderreihung und Verflechtung das Gemälde der „Menschenlandschaften“ ergibt. Und wie man die türkischen Arbeiter, Bauern, Kleinbürger und ihre Ausbeuter kennenlernt, lernt man auch die Städte und Dörfer, die Landschaften kennen, in denen sich das Leben und der Kampf der Klassen abspielen. Es entwickelt sich ein lebendiges und realistisches Bild der Situation in der Türkei in einer bestimmten historischen Periode.

Das Jahr, in dem sich die Figuren der „Menschenlandschaften“ zu bewegen beginnen, ist das Jahr 1941, das dritte Jahr des zweiten Weltkrieges. Der Krieg droht auch nach der Türkei zu greifen. Vom Bahnhof Haydarpasa/Istanbul fahren an einem Frühlingstag zwei Züge nach Ankara ab: einer um 15.45 Uhr und einer um 19.00 Uhr. Im ersten Zug, im Waggon Nr. 510, 3. Klasse, fahren Menschen aus dem Volk: Arbeiter, Angestellte, Bauern, Soldaten, Gendarmen, politische Gefangene — ihre äußere Erscheinung, ihre Lebensgeschichte, ihre Gespräche, ihre Gedanken, Sehnsüchte, Hoffnungen schildert der erste Band der „Menschenlandschaften“.

Der zweite Band beschreibt die Reisenden 1. Klasse, die im Schlaf- und Speisewagen des zweiten Zuges fahren: einheimische und ausländische Bourgeois, Militärs, Politiker, imperialistisch-bürgerliche Intellektuelle. Sie werden dem Personal des Speisewagens, dem Kellner und dem Koch, gegenübergestellt, und wieder den Reisenden im Waggon Nr. 510 des 15.45—Uhr-Zuges. Der Leser der „Menschenlandschaften“ lernt die jüngste Geschichte der Türkei kennen, die Befreiungskämpfe der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts. Langsam wird der enge Schauplatz der Bahnhöfe und der Züge verlassen — zuerst in den Reden und Gedanken der Figuren; dann kommen auch die Dörfer ins Bild, die längs der Bahnstrecke liegen; eine Straße, die nach Ankara hineinführt; das Gefängnis von Ankara.

Der dritte Band schildert die Erlebnisse und Bekanntschaften des politischen Gefangenen Halil im Gefängnis und im Krankenhaus. Im vierten und fünften Band — so die Ankündigung — werden unter anderem geschildert: Bauern in Anatolien die Zersetzung der Bürokratie, die Niederlage der Faschisten in der Sowjetunion, die Notlage der Istanbuler Bevölkerung während des zweiten Weltkrieges und weitere Gefängniserlebnisse Halils.

Die Darstellungsweise der „Menschenlandschaften“ ist realistisch; der Autor schont den Leser nicht; er läßt ihn die bittere, brutale, entsetzliche Wirklichkeit des Lebens des Volkes in seinem Land kennenlernen. Dennoch ist „Menschenlandschaften“ kein pessimistisches Werk; es ist erfüllt von dem Glauben des Revolutionärs Nazim Hikmet an eine bessere Zukunft, eine Zukunft der Arbeiter und Bauern. „Menschenlandschaften“ ist ein bedeutendes Werk des sozialistischen Realismus.

Die literarische Form der „Menschenlandschaften“ läßt sich nach keinem Schema bestimmen. Obwohl in Versen geschrieben, ist „Menschenlandschaften“ doch kein Gedicht. Erzählend von den Menschen und den Verhältnissen in der Türkei, ist es doch keine Erzählung im herkömmlichen Sinne. Es ist betrachtend, ohne ein Essay zu sein; sein wesentliches Stilmittel sind Dialoge, aber ein dramatisches Werk ist es auch nicht. Um sein Thema zu bewältigen, hat Nazim Hikmet eine neue Form gesucht, entwickelt und angewendet, die lyrische, epische, essayistische und dramatische Elemente in sich vereinigt.

„Menschenlandschaften“ erscheint unseres Wissens nach zum ersten Mal in deutscher Sprache. Die Herausgabe der Bücher ist nur zu begrüßen. Sie sind geeignet, das Verständnis der türkischen Kultur, Geschichte und Menschen und ihrer Kämpfe um Freiheit und sozialen Fortschritt zu entwickeln und zu erweitern — ein Umstand, der besonders Gewicht dadurch gewinnt, daß die Türken zur wichtigsten nationalen Minderheit in unserem Land geworden sind. Die Bücher vermitteln gleichzeitig die Bekanntschaft mit Nazim Hikmet (1902 bis 1963), der nicht nur der bedeutendste revolutionäre Dichter der modernen Türkei gewesen ist, sondern dessen Werke auch die fortschrittliche und sozialistische Weltliteratur wesentlich beeinflußt haben.

So begrüßenswert das Erscheinen von „Menschenlandschaften“ ist, so bedauerlich ist der Preis der Bücher, der einer weiteren Verbreitung unbedingt entgegenwirkt: Bei 14 bis 15 Mark pro Band (paperback) kosten die „Menschenlandschaften“ komplett über 70 Mark. Wer soll das bezahlen? Die Ausstattung der paperback-Bände rechtfertigt den Preis in keiner Weise: sie ist miserabel, und auch die zahlreichen Illustrationen hätte man nicht nur aus finanziellen sondern auch aus ästhetischen Gründen, gut verzichten können.

ju.

Nazim Hikmet: Menschenlandschaften, jürgen-reents- bzw. buntbuch-verlag.
Erstes Buch, 120 Seiten, brosch., 14 Mark.
Zweites Buch, 180 Seiten, brosch., 15 Mark.
Drittes Buch, 140 Seiten, brosch., 15 Mark.



Der große türkische Dichter Nazim Hikmet (1902 bis 1963) hat mehr als 14 Jahre seines Lebens im Gefängnis verbracht. Dort schrieb er einen großen Teil seiner Werke: Dramen, Romane, Epen, Gedichte, Übersetzungen. Nazim Hikmets Werk repräsentiert bis heute die fortschrittliche, die revolutionäre Türkei, die Türkei der unterdrückten kämpfenden Massen, der Arbeiter und Bauern.

Nazim Hikmet wurde 1933 zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt (der Staatsanwalt hatte gegen ihn die Todesstrafe beantragt). 1935 durch eine Amnestie freigekommen, wurde er 1938 erneut verhaftet und verurteilt. Diesmal saß er bis 1950 gefangen, bis eine nationale und internationale Amnestiekampagne seine Freilassung erkämpfte.

Der Lokführer

(Aus: „Menschenlandschaften“)

Der Zug verließ Pendik.

Die Lokomotive.
Alaeddin, der Lokführer,
öffnete an seinem blauen Arbeitsanzug noch einen Knopf.
Er streckte den Kopf hinaus
und schaute zurück.
Der Gepäckwagen
und fünf Personenwagen
— einschließlich der Schlaf- und Speisewagen —
und sechs Güterwagen
kommen schwankend
hintereinander her.
Jedesmal, wenn Alaeddin nach hinten schaut, wie jetzt,
— besonders wenn es bergauf geht —
kriegt er ein Gefühl, als würde er an einem Tau
die Wagen mit eigenen Schultern ziehen.
Und wenn es bergab geht,
fühlt er den furchtbaren Druck von hinten
zwischen seinen Schulterblättern.

Die Wagen kommen schwankend.

Eskisehir-Haydarpasa, Haydarpasa-Eskisehir;
seit 1928.
Die Fahrgäste steigen ein, steigen aus.
Die Lokomotiven werden ausgetauscht.
Alaeddin bleibt immer.
Alaeddin wird nicht ausgetauscht.

Die Wagen kommen schwankend.

Einmal wie ein Fahrgast mit einem leinenbedeckten Koffer
— aber nicht in einem Postzug wie diesem —
in den Simplon tn Sirkeci einsteigen.
Im Wagon-lits schlafen.
Und abends
vor den kleinen roten Tischlampen sitzend
im Speisewagen Raki trinken...

Die Wagen kommen schwankend.

„Was gibt's, Ismail?“
„Meister, wie wird dieser Krieg enden?“
„Gut wird er enden.“
„Also, wie?“
„Wir werden im Speisewagen Raki trinken.“
„Wir?“
„Wir.“
„Laß den Spaß beiseite, Meister,
wer wird siegen?“
„Wir...“
Obwohl Ismail nichts begriff,
gab er auf.
Eine Weile bewegte er seine sehr schwarzen und sehr breiten Augenbrauen
und sagte dann: „Meister,
ich habe noch eine Frage.
Liegen diese Schienen
um die ganze Welt?“
„Ja, um die ganze Welt.“
„Also, wenn es jetzt keinen Krieg gäbe,
und nicht nur der Krieg,
auch wenn an den Grenzen keine Fragen gestellt würden,
dann könnten wir doch mit der Lokomotive auf die Schienen gehen
und von einem Ende der Welt bis zum anderen fahren.“
„Aber sie muß halten, wenn sie ans Meer kommt.“
„Dann kannst du auf ein Schiff gehen.“
„Flugzeug ist besser.“
Ismail lachte.
Einer von seinen vorderen Zähnen war abgebrochen.
„Ich darf nicht ins Flugzeug einsteigen, Meister.
Es ist wider den letzten Willen meiner Mutter.“
„Verlangte sie von dir, daß du nie fliegen sollst?“
„Nee, sie sagte;
Tue niemandem was Böses, und wäre es nur einer Ameise.“
Alaeddin schlug mit seiner riesigen Hand
auf Ismails langen, bloßen Nacken:
„Du bist ja unmöglich, Menschenskind.
Macht nichts, du Alter,
trotzdem werden wir fliegen.
Nicht um Menschen zu töten,
sondern, um am Himmel
das Leben zu genießen...
Jetzt aber, alter Junge,
schüre erst mal die Flamme.“

Die Wagen kommen schwankend.

Karikatur der Woche

Wahlanalyse —leicht gemacht...



... und die Zahnärzte verzeichnen Rekordansturm.

Protest auf der Buchmesse

Autoren gegen Südafrika

Zu massiven Protesten gegen den Stand des rassistischen Südafrika auf der diesjährigen Buchmesse in Frankfurt (Thema: Afrikanische Literatur) kam es in der letzten Woche. Die afrikanischen Aussteller boykottierten am vergangenen Donnerstag die Buchmesse; die Stände in der Halle sieben blieben leer.

Am Mittwoch zuvor schon hatten die schwarzafrikanischen Aussteller gegen die Anwesenheit der südafrikanischen Rassisten protestiert. Sie hatten eine Resolution verfaßt und diese Resolution in der afrikanischen Halle verlesen. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Die afrikanischen Schriftsteller und Verleger, die am Symposium teilnehmen, das anläßlich der 32. Buchmesse organisiert wurde, haben die Anwesenheit des rassistischen Südafrika registriert. Diese Anwesenheit ist eine Beleidigung der afrikanischen Würde und Verständlichkeit. Die afrikanischen Schriftsteller gehen keinen Kompromiß mit der Apartheid ein. Die Frankfurter Buchmesse sollte sich nicht selbst kompromittieren, indem sie sich gegen die Beschlüsse der internationalen Organisationen stellt, die die Isolation Südafrikas fordern. Da die Messe ihrem Motto „Schwarzafrika auf der Suche nach seiner Identität" und „Öffnung gegenüber Afrika" somit widerspricht, fordern die afrikanischen Autoren und Verleger die Schließung des rassistischen Standes, sonst verweigern sie der 32. Buchmesse ihre Teilnahme, indem sie nach Hause zurückkehren."



Am Donnerstag letzter Woche blieb die afrikanische Halle auf der Buchmesse geschlossen.

Afrikanischer Autor festgenommen

„Wie ein Verbrecher behandelt"

Der afrikanische Schriftsteller Chinua Achebe ist bei seiner Ankunft zum Frankfurter Literatursymposium zwei Stunden auf dem Flughafen polizeilich festgehalten und durchsucht worden. Achebe, der als einer der besten Schriftsteller Afrikas gilt, hatte kein Visum. Er hatte jedoch die offizielle Einladung und einen Brief des Goethe-Instituts in Lagos bei sich.

In Nigeria war dem Schriftsteller von der deutschen Botschaft mitgeteilt worden, daß er mit diesen Unterlagen ohne weiteres ein Visum auf dem Flughafen erhalten würde. Achebe jedoch wurde in Frankfurt — wie er erklärte — wie ein Verbrecher festgenommen und behandelt.

Schering stellt Produktion von Duogynon/Cumorit ein

13 Jahre lang am Mißbildungsmedikament verdient

Seit 13 Jahren ist bekannt, daß das Medikament Duogynon/Cumorit, wenn es während der Schwangerschaft eingenommen wird, Mißbildungen an Neugeborenen hervorruft. Trotzdem verkaufte der Hersteller Schering das Produkt weiter. Erst in der letzten Woche wurde die Produktion eingestellt — jedoch nicht aus humanitären Gründen.

Unmittelbarer Anlaß für die Produktionseinstellung dürften Berichte kalifornischer Wissenschaftler gewesen sein, denen durch Versuche an Affen der Nachweis gelungen war, daß Duogynon/Cumorit eine abtreibende Wirkung hat. Nun konnte die schädliche Wirkung von Duogynon nicht mehr abgeleugnet werden, die der Unternehmensleitung bereits seit Jahren bekannt war. Entsprechende Versuchsergebnisse waren jedoch geheimgehalten worden. Nun jedoch, da eine Publikation nicht mehr zu verhindern ist, sieht sich Schering gezwungen, die Produktion einzustellen.

Mit der Produktion und dem Verkauf von Duogynon/Cumorit hat Schering doch all die Jahre auf verbrecherische Weise ungeheure Profite erzielt. Allein im vergangenen Jahr hatten bundesdeutsche und Westberliner Ärzte trotz aller Presseveröffentlichungen und Warnhinweise der Fachpresse das Hormonpräparat Cumorit noch 366 000 mal verschrieben, was einem Firmenumsatz von etwa einer Million und einem Apothekenumsatz von 2,1 Millionen entsprach.

Komplizen des Konzerns waren und sind die westdeutschen Behörden. Das Bundesgesundheitsamt ist seit sechs Jahren über die schrecklichen Auswirkungen von Duogynon/Cumorit informiert. Es sah jedoch keinen Grund, gegen den Hersteller einzuschreiten.

Wahlnachhilfe im Beichtstuhl

„Wer Strauß wählt, wählt Gott..."

Ein Beichtender in der „Päpstlichen Basilika" im bayrischen Wallfahrtsort Altötting hatte folgendes Anliegen: „Ich weiß nicht, ob ich am 5. Oktober für Strauß stimmen kann. (...) Versündige ich mich, wenn ich SPD wähle?" Der Beichtvater antwortete: „Wir können keine Partei unterstützen, die die Abtreibung propagiert und damit die Tyrannei des Satans fördert. In der SPD ist der Teufel. Bleiben Sie deshalb auch bei der Wahl der Mutter Gottes treu.

Der Besucher war der „Stern"-Reporter Gerhard Kromschröder, und er zeichnete das Gespräch auf. Kromschröder war ausgezogen, um die Rolle der katholischen Klerikalen im Bundestagswahlkampf auszukundschaften und ihre Propagandaarbeit für den schwarzen Kandidaten aufzudecken. Wie in Altötting, so betrat er in zwölf anderen Orten Westdeutschlands die Beichtstühle, und was er hier erlebte, widerlegt schlagend die immer wieder heuchlerisch beteuerte „Neutralität" der Kirchen.

In München, im Beichtstuhl der Kirche St. Michael erklärte der Jesuitenpater Goll dem Journalisten: „Eine solche Vereinigung zur Propagierung des Kindesmordes [nämlich die Bonner Regierung, die Red.] können Sie ruhigen Gewissens nicht unterstützen. Im Namen des Rosenkranzes, der für uns Blut geschwitzt hat, erbitte ich für Sie die Kraft zur richtigen Wahl. (...) Ihre Stimme wird bei Franz Josef Strauß gut aufgehoben sein. Unsere Sache muß siegen."

Der Essener Domkapitular Bernhard Mäkel suchte Kromschröder folgendes einzuflüstern: „Eine Entscheidung für Strauß würde meiner Überzeugung nach der Sache Gottes am besten entsprechen. Von seinen politischen Gegnern wird er ganz bewußt verteufelt. Leute, die mit ihm Umgang pflegen, haben mir voller Hochachtung von ihm berichtet." Gerade in der „heutigen dekadenten und morbiden Zeit" — so Mäkel — sei ein Politiker wie Strauß an der Spitze der Regierung vonnöten: „Jede Gesellschaft, auch die Demokratie braucht eine tatkräftige Elite, sonst verkommt sie."

Im Wallfahrtsort Kevelaer am Niederrhein verwendete sich der Beichtvater, ein Benediktinermönch, so für Strauß: „Wir dürfen uns nicht irremachen lassen durch Rufmord, wie er an dieser Persönlichkeit begangen wird, weil sie halt ein anderes Temperament hat als der Norddeutsche. (...) Er geht von christlichen Überzeugungen aus, deshalb können wir sicher sein, daß er die Macht im Staate nicht mißbrauchen wird."

In der Bischofsstadt Limburg erklärte der Dompfarrer Weiske dem Fragenden ohne Umschweife: „Folgen Sie dem klaren Hirtenwort unserer Bischöfe und wählen Sie Strauß. In einer Zeit, in der unser kirchliches Leben besonders bedroht ist, brauchen wir auch starke weltliche Führerpersönlichkeiten." Und er fügte hinzu: Wer Strauß wähle, treffe „eine Entscheidung für Gott."

Auch in Köln mochte der Beichtvater auf Strauß-Propaganda nicht verzichten. „Bei der CDU sind Sie besser aufgehoben als anderswo", erklärte er dem Journalisten. Und in Bamberg wurde dem Reporter im Falle einer falschen Wahlentscheidung gar die ewige Verdammnis angedroht. Wer Strauß nicht wählt, so erklärte der Dompfarrer Arnulf Gebhard, dem droht die Hölle: „Allzuleicht gerät unser Seelenheil in Gefahr!"

Ähnlich erklärten sich in den anderen aufgesuchten Beichtstühlen die Klerikalen; nur in einem Fall enthielt sich der Beichtvater der reaktionären Propaganda.

Jedoch — es hat ihnen nichts genützt: Strauß ist durchgefallen. Wenn das nicht „göttliche Vorsehung" war...

Aufgespießt — Eine Ärztin schreibt:

„Das Freiburger Öko-Institut meint es möglicherweise schlecht mit seinen Untersuchungen bei einer mit Blei belasteten Bevölkerung. Denn vermutlich ist dort die Intelligenz schlechter vertreten, weil kluge Menschen sich dort schon gar nicht ansiedeln und durch etwas intelligentere Lehrer dort keine Stelle annehmen. Was soll also das wissenschaftlich nicht exakt begründete Gerede von Bleischäden! Und solchen an sich unterprivilegierten, weil dümmeren Menschen auch noch Angst einzujagen, kann ja nur bös gemeint sein. Man sollte also in der Tagespresse schweigen, erst die Ausbildung kompetenter Toxikologen betreiben und dann deren Forschungsergebnisse abwarten."

Aus einem Leserbrief von Dr. med. Brigitte Kramer-Schwär, Ärztin für Allgemeinmedizin aus Freiburg-Littenweiler, an das „Deutsche Ärzteblatt".



Sonntag, 19. Oktober, 21.45 Uhr, Hessen III
Die Maurer. Mexikanischer Spielfilm aus dem Jahre 1976.

•

Sonntag, 19. Oktober, 21.50 Uhr, ARD
Kulissenkämpfe. Theater im Würgegriff der Bürokratie. Film von Rolf Pflücke.

•

Sonntag, 19. Oktober, 22.50 Uhr, ARD
Kritik am Sonntagabend: Das politische Buch. Die Sendung beschäftigt sich unter anderem mit dem Buch „Industriekultur in Nürnberg". Das Buch fußt auf einer Ausstellung, die im September in Nürnberg stattfand und die anhand von Fotomaterial und Gegenständen typische Arbeiterschicksale der Jahre 1850 bis 1950 zeigte. Ausstellung und Buch sind Vorläufer eines geplanten Industriemuseums in Nürnberg.

•

Montag, 20. Oktober, 19.00 Uhr, West III
Afrika literarisch (4). Trommeln und Bücher — Formen von Literatur in Ghana/Westafrika. Ein Film von Ernest Abbeyquaye.

•

Montag, 20. Oktober, 21.45 Uhr, West III
Das letzte Abendmahl. Kubanischer Spielfilm aus dem Jahr 1976 über einen Sklavenaufstand auf Kuba. Regie: Tomás Gutiérrez Alea.

•

Dienstag, 21. Oktober, 21.45 Uhr, West III
Schauplatz Kronenburg/Eifel — 365 Tage im Jahr. Ein Film von Dietrich Schubert über den Alltag in einem landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb.

•

Mittwoch, 22. Oktober, 21.45 Uhr, Hessen III
Fieros Söhne. Argentinischer Spielfilm aus dem Jahr 1974. Regie: Fernando Solanas.

•

Freitag, 24. Oktober, 20.15 Uhr, Nord III
Im Schatten der Revolution. Ein Bericht aus El Salvador. Von Peter Torbjörnsson.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/83 23 28, geöffnet: Mo., Mi [illegible] 17 - 19 Uhr.

4100 **DUISBURG** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14.

4000 **DÜSSELDORF** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Fr [illegible] - 19 Uhr, Sa. 10 - 12 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD, Klarastr. [illegible], geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr, Tel.: 0721/84 84 08.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesecafé „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di-Fr 17-18.30 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi. - Fr. 16 - 18 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.